



ARBEITEN WIR BALD ALLE FÜR DEN KRIEG?

*Die Militarisierung hält immer weiter Einzug
in die Arbeitswelt. Aber es gibt auch Widerstand.*



07 Asylrecht am Abgrund

Umsetzung der GEAS-Reform in
Deutschland hat begonnen

10 Frieden ist nicht gleich Befreiung

Was der 20-Punkte-Plan für
Palästina wirklich bedeutet

18 Deutsche Wohnen & Co enteignen

Was uns der Kampf der Initiative
über den Kapitalismus sagt

4 Wer kann Kriege beenden? Nur die Arbeiterklasse! **8** Staatsgewalt - die Lösung für Gewalt an Frauen? **12** Seit 44 Monaten Blutzoll - Verhandlungen um die Ukraine **12** Infrastruktur? Nur für den Krieg! **15** Kampf gegen den Sparkurs: Tarifrunde der Länder beginnt **17** Atempause für wen? Arbeitgeber starten in die Tarifrunde Chemie

Arbeiten wir bald alle für den Krieg?

Ob mit der neuen Wehrpflicht bald an der Front oder in Fabrik und Krankenhaus: Es wird immer unmöglicher, sich den Kriegsvorbereitungen zu entziehen.

Es geht schnell: 2022 wurde das 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr aufgelegt. Es folgte das 500 Mrd. schwere Infrastruktur-Sondervermögen, das vor allem für militärisch wichtige Infrastruktur vorgesehen ist. Hinzu kommt der seit März unbegrenzte Rüstungshaushalt. Doch all das Geld nützt nichts, wenn die Gesellschaft und die Wirtschaft nicht für den Krieg organisiert und aufgestellt sind. Dafür wird auf Hochtouren gearbeitet.

Das Beispiel Rheinmetall

Ein sehr guter Gradmesser für das Tempo der Militarisierung ist der Rüstungskonzern Rheinmetall. Das Manager Magazin (MM) brachte im September 2025 einen Bericht über den CEO des Konzerns, Armin Papperger: „Der Panzer“, wurde er da auf der Titelseite genannt. Darunter: „Wie Armin Papperger Rheinmetall rockt und Europa aufrüstet“. Der Artikel zeichnet den rasanten Aufstieg von Rheinmetall in den letzten Jahren nach: „Manchem Verteidigungsminister soll der öffentliche Umgang mit Waffenproduzenten wie Rheinmetall so unangenehm gewesen sein, dass sie nicht einmal mit dem Vorstandschef auf dasselbe Foto wollten. Das scheint lange her – Armin Papperger ist die personifizierte Zeitenwende. Heute wird der Mann hofiert, wo immer er sich blicken lässt.“ Bis vor einigen Jahren habe Rheinmetall sich vor allem als Automobil-Zulieferer ausgegeben, doch mittlerweile wurden alle Hüllen fallengelassen, denn Rüstung ist wieder in. Das MM resümiert: „Die Jahre der Camouflage hatten für ihn wohl auch ihr Gutes. Gefragt waren Durchhaltevermö-

gen und diplomatisches Geschick. Eigenschaften, die Papperger jetzt gut gebrauchen kann.“

Von dem 100-Milliarden-Sondervermögen der Scholz-Regierung gingen allein 42 Milliarden an den Konzern – und der Boom hält an. Im ersten Halbjahr 2025 ist der Umsatz um 24 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. Bis 2030 soll der Umsatz auf 40 bis 50 Milliarden Euro steigen, was eine Verzehnfachung zur Zeit vor dem Ukraine-Krieg wäre. Als größter deutscher Rüstungskonzern ist Rheinmetall für die Kriegsvorbereitungen Deutschlands von strategischer Bedeutung, was sich auch an den zahlreichen anstehenden Projekten zeigt: Der Standort Unterlüß in Niedersachsen soll zur größten Munitionsfabrik Europas, „wenn nicht gar der Welt“ werden, so Papperger. Dieses Jahr sollen 25.000 Schuss gefertigt werden, 2027 sollen es schon 350.000 sein. Vor wenigen Monaten wurde zudem bekannt, dass Rheinmetall zahlreiche Werften der Lürssen-Gruppe übernehmen wird und damit ins Marine-Geschäft einsteigt. Zwar werden bereits heute in einigen der Werften Kriegsschiffe produziert, doch die Übernahme durch Rheinmetall bringt neben einem neuen, kapitalstarken Investor auch einen weiteren entscheidenden Vorteil mit sich, der das offizielle Ziel der „Kriegstüchtigkeit“ befördern würde: Die Zentralisierung der Rüstungsproduktion bei einigen wenigen, großen Unternehmen, die eng mit dem Staat verwoben ist, ermöglichen eine maximal effiziente und steuerbare Kriegsproduktion, die so präzise wie möglich an die Bedürfnisse des deutschen Staates angepasst ist. Auch der Einstieg des Bundes bei der Meyer-Werft im Jahr 2024, offiziell eine „Rettung“, dient diesem Ziel.

Rheinmetall kauft auch Produktionsstandorte z.B. von der niedergehenden Automobilindustrie auf oder stellt eigene Fabriken wie eine Fabrik von Tochter Pierburg in Berlin auf Rüstungsproduktion um.

Rheinmetall ist dabei bei weitem nicht das einzige Rüstungsunternehmen, das aufsteigt: Hensoldt, Thyssenkrupp Marine Systems (TKMS), Diehl Defence, Krauss-Maffei Wegmann (KMW), MBDA Deutschland, Heckler & Koch, Airbus Defence und viele weitere machen Profit mit der Zeitenwende und bauen aus.

Bringt die Rüstung Jobs?

Für Arbeitssuchende in der Industrie ist es schon heute Realität, dass Jobs mit gutem Gehalt und langfristiger Perspektive vor allem bei Rüstungsunternehmen zu finden sind. Doch auch diejenigen, die heute im zivilen Bereich arbeiten, können kaum sicher sein, dass das so bleibt:

Für die seit Jahren krisenbelastete deutsche Industrie wird die Rüstung als Ausweg angepriesen: VW und Porsche sind bereit, auf Rüstungsproduktion umzusteigen. Viele Zulieferer bieten sich für die Rüstungsproduktion an. Der Nordhäuser Landrat Matthias Jendricke (SPD) bietet ein ganzes Areal als Standort für den Panzerbau an, weil er sich nicht vom Rüstungsboom „abkoppeln“ will. Laut Branchenverband Automotive Thüringen sind drei Viertel der Mitgliedsunternehmen offen für eine Zusammenarbeit mit Rüstungsfirmen. Der Cyber Innovation Hub der Bundeswehr (CIHBW) ist nach Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundeswehr, dazu da: „(Er) bringt uns auf die Überholspur, wenn es um das Ausloten technischer Möglichkeiten



ten und den Austausch mit meist zivilen Unternehmen vom Start-up bis zum Großkonzern geht.“ Beispiele für diese Umstellung auf Rüstungsproduktion sind unter

anderem die Übernahme der MV-Werften-Gruppe durch TKMS oder der FSG durch die Heinrich Rönner Gruppe. KNDS, Panzerbau, übernimmt eine ehemalige Waggonfabrik in Görlitz, allerdings mit weniger Beschäftigten. Kollegen, die bei Werkschließungen von Continental ihre Jobs verlieren, sollen bei Hensoldt und Rheinmetall unterkommen.

Dies ist auch ein Hauptargument, warum die Aufrüstung auch den Arbeitern als Gewinn verkauft wird – schließlich würde sie Jobs bringen. Der besagte Rheinmetall-CEO, Papperger, gleichzeitig Präsident des „Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ (BDSV), sagte dem „Handelsblatt“, er gehe davon aus, „dass in Deutschland 500.000 bis 600.000 Jobs im Sicherheitsbereich künftig entstehen könnten“. Diese Zahlen dürften verlockend klingen in einer Wirtschaft, in der Entlassungswellen und schlechte Gehälter eine immer größere Bedrohung werden. Doch schauen wir genauer hin: Jahrelang wurde in den Gewerkschaften Rüstungskonversion, also die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion propagiert. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass bei gleich hohen Investitionen und Umsatz in der zivilen Produktion mindestens doppelt so viele Arbeitsplätze entstehen. Das Argument „Rüstung schafft Arbeitsplätze“

ist daher falsch.

Die Debatte um Rüstungskonversion lässt es teilweise scheinen, als sei es eine moralische Entscheidung der Konzerne, was produziert wird, bei der man sich gemeinsam darauf einigen könnte, dass eine zivile Produktion besser als eine militärische sei.

Faktisch werden mit der Umstellung auf Rüstung Arbeitsplätze vernichtet, weil insgesamt weniger benötigt werden. Doch selbst wenn kurzfristig Jobs in der Rüstungsindustrie auf den ersten Blick wie ein Vorteil wirken und darum teils sogar von den Gewerkschaften unkritisch als „Gewinn“ für die

Beschäftigten behandelt werden, muss ein Blick auf das große Ganze geworfen werden. Die Debatte um Rüstungskonversion lässt es teilweise scheinen, als sei es eine moralische Entscheidung der Konzerne, was denn produziert wird, bei der man sich gemeinsam darauf einigen könnte, dass eine zivile Produktion besser als eine militärische sei. Doch der Grund, dass die militärische Produktion in den letzten Jahrzehnten weniger präsent war, war nicht der „Konsens“ zwischen Arbeitern und Konzernen über die gesellschaftlichen Prioritäten, sondern die Tatsache, dass Deutschland sich nicht wie heute darauf vorbereitet hat,

auf der Weltbühne auch militärisch wieder zu einer „Führungsmacht“ zu werden, die in der Lage ist, Kriege zu führen und zu gewinnen. Heute, und das sehen wir gerade in Echtzeit, wo der deutsche Imperialismus an neuer Stärke gewinnen möchte, um sich in den zahlreichen Konfrontationen, wenn nötig auch militärisch, ein Stück vom Kuchen zu sichern, ist auch die Konversions-Frage geklärt oder wird höchstens andersherum diskutiert. Denn der deutsche Imperialismus will kriegstüchtig werden – und unterwirft jeden Bereich des Wirtschaftslebens diesen Zielen. Die Profite und der Boom der Rüstungsindustrie ist also nicht die Ursache für die Aufrüstung, sondern die Folge. Wir kommen also nicht darum herum, in der Diskussion um die Aufrüstung in den Betrieben in die politische Auseinandersetzung darum zu gehen, ob der deutsche Imperialismus und seine Kriege in unserem Interesse sind – und ob wir uns damit, selbst wenn es kurzfristig einen sicheren Arbeitsplatz bedeutet, nicht langfristig unser eigenes Grab schaufeln.

Das Kapital reibt sich die Hände

Während die Arbeiterklasse im Spiel von Krieg und Rüstung langfristig nur verlieren kann, kann die Kriegsindustrie nur gewinnen. Rüstung bringt in der Regel höhere Profite als zivile Produktion. Es bestehen monopolistische Strukturen. Es werden nicht wie beim Autobau hunderte verschiedene Modelle von Kampfpanzern hergestellt, sondern ein Kampfpanzer mit verschiedenen Ausrüstungen, aber in der Grundstruktur gleich. Es gibt auch keinen „Markt“, wo man um Käufer kämpfen muss, sondern einen Käufer: den Staat. Da kann man höhere Profite erzielen, als wenn man bei vielen verschiedenen internationalen Automarken im Konkurrenzkampf bestehen muss. Es gibt starke staatliche Regulierungen, nur der Staat tritt als Auftraggeber und Konsument auf und Konkurrenz ist weitgehend ausgeschaltet. Das erst im Juli beschlossene „Gesetz zur beschleunigten Beschaffung bei der Bundeswehr“ leistet einen weiteren, entscheidenden Beitrag zu dieser Situation: bei der Beschaffung von Kriegsgerät soll die nationale Rüstungsindustrie bevorzugt und damit strategisch gestärkt werden. Damit sind dem willkürlichen Preiswucher von Rheinmetall und Co. Tür und Tor geöffnet. Es ist eine „Planwirtschaft“ im Kapitalismus, die dem Kapital hohe Profite garantiert. Für das Kapital ein Traum: Kein Risiko durch mangelnden Absatz oder durch starke Konkurrenz, die Gesellschaft zahlt und trägt alle Kosten und Risiken. Nur der Profit bleibt privat und kann sogar noch über die üblichen Industriemargen hinaus erhöht werden.

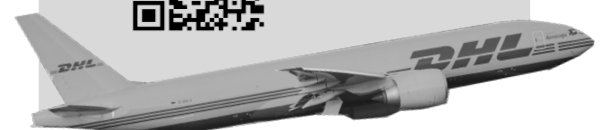
Wie sehr das deutsche Kapital heute auf diese Profite aus dem Rüstungsgeschäft aus ist, sehen wir an den Stimmen ihrer Vertreter. Das Handelsblatt formuliert es pragmatisch: „In ganz Europa boomt die Rüstung und mit ihr die Hoffnung auf wirtschaftliches Wachstum“, titeln sie begeistert.

Gekündigt wegen Kriegsgegnerschaft

Wie hart gegen Kriegsgegnerschaft aus den Reihen der Belegschaft vorgegangen wird zeigt das Beispiel von Christopher, einem Mitarbeiter des DHL-Hubs am Flughafen Leipzig/Halle, ein „wichtiges Drehkreuz“ für Rüstungsgüter. Christopher, Vertrauensmann und gewerkschaftlich aktiv, stellte in einem Redebeitrag bei einer Kundgebung gegen die deutsche Unterstützung des Genozids in Gaza klar:

„Es ist uns als Flughafenarbeitern ein wichtiges Anliegen, dass unsere Arbeit, auf die wir so stolz sind – wir betreiben Welthandel, wir verbinden die Welt – dass diese Arbeit nicht dem Krieg dient.“

Christopher wurde fristlos gekündigt – begründet wurde dies mit einer Verletzung der Verschwiegenheitspflicht und Verstößen gegen Auflagen seines Arbeitsvertrages. Den Arbeitgebern ist bewusst, dass ihre Geschäfte leiden können, wenn sich an deutschen Flughäfen Widerstand gegen Waffenlieferungen regt. Eine Solidaritätserklärung kann hier unterzeichnet werden:



„Doch der Boom birgt auch Risiken – nicht zuletzt, weil Waffen Menschen töten.“ Dieses kleine Manko scheint jedoch verkraftbar, wenn die Gewinne rufen. So organisierte das Handelsblatt im September die Tagung „Wirtschaftsfaktor Rüstung“, wo Vertreter aus Politik und Wirtschaft zusammenkamen, um das „olivgrüne Wirtschaftswunder“ zu planen. Im Januar folgt direkt die nächste Konferenz „Sicherheit und Verteidigung“. Zu diskutieren sei unter anderem: „Welchen Beitrag kann die (bisher) zivile Industrie leisten?“

Es ist eine Industrie, die allein von Zerstörung und Leid profitiert, an die das Schick-

Porsche-Betriebsrat gegen Rüstungsproduktion



Nachdem die Überlegungen Porsches öffentlich wurden, in das Rüstungsgeschäft einzusteigen, äußerte sich ein Sprecher des Betriebsrats deutlich:

„Die Belegschaft sieht das nicht nur als unternehmensstrategisch problematisch, sondern lehnt es auch ethisch ab (...)

Die Rüstungsproduktion ist mit Kriegen verbunden, und eine Entspannung der internationalen Beziehungen könnte zu einem Rückgang der Nachfrage und damit zu Arbeitsplatzverlusten führen.“

Er bezieht sich dabei auch auf die NS-Zeit, wo Porsche durch Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit von einem armen Ingenieur zu einem reichen Mann und Konzernbesitzer wurde. Er verweist auch darauf, dass Arbeitsplätze in der Rüstungsproduktion unsicherer sind, da sie von politischen Entscheidungen abhängig sei. Sicher seien sie nur, wenn die Nachfrage durch Kriege und Aufrüstung bleibe oder steige.

sal der Beschäftigten da gekettet wird. Im Gegensatz zur zivilen Produktion, wo Nachfrage dadurch entsteht, dass Menschen Produkte gebrauchen, zum Beispiel weil sie satt werden und sich neue Kleidung kaufen, weil

der Verkehr ausgebaut oder eine neue Schule gebaut werden, entsteht die Nachfrage in der Rüstungsindustrie durch den Abschuss einer Rakete, die Zerstörung eines Panzers oder das Feuern eines Schusses, die für Nachschubbedarf sorgen. Wer die größte Munitionsfabrik Europas, „wenn nicht gar der Welt“, baut, der erwartet nicht,

einmal die Arsenale der NATO-Staaten zu füllen und seine Fabrik dann wieder abzubauen. Der erwartet und beabsichtigt, dass nicht nur die Anzahl der produzierten Geschosse jedes Jahr steigt, sondern auch die Anzahl der verschossenen. Oder richtiger: Damit die Zahl der produzierten Geschosse von Jahr zu Jahr weiter steigen kann, erwartet und beabsichtigt so jemand auch eine von Jahr zu Jahr steigende Anzahl verschossener Geschosse.

Wir kommen also nicht darum herum, in der Diskussion um die Aufrüstung in den Betrieben in die politische Auseinandersetzung darum zu gehen, ob der deutsche Imperialismus und seine Kriege in unserem Interesse sind.

zahlreichen Übungsmanövern der Bundeswehr sieht, in die auch Krankenhäuser, das Technische Hilfswerk und viele weitere eingebunden sind. Krankenhäuser sind natürlich ein besonders wichtiges Gebiet: Im sogenannten „Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ (ZMZ), in dem ein Krieg an der NATO-Ostflanke durchgespielt wird, spielen auch die Krankenhäuser eine wichtige Rolle. Das Buch wird vom Thinktank „Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit“ herausgegeben, worin auch Sicherheitsfirmen und Ministerien sitzen. Zahlreiche Bundeswehrvertreter waren beteiligt. Im Kriegsfall wird davon ausgegangen, bis zu 1.000 Soldaten täglich versorgen zu müssen. Da die dadurch entstehende „Einschränkung des Versorgungsniveaus“ oder das Sinken der „Qualität der medizinischen Versorgung“ für die Zivilbevölkerung wohl keinen Jubel herbeiführen würden, sollen laut dem Grünbuch entsprechende „Kommunikationsstrategien“ ausgearbeitet werden. Krankenhäuser werden wohl in Zukunft häufiger in Übungen der Bundeswehr eingeplant – dass im Ernstfall auch die Bundeswehr das Kommando über die medizinische Versorgung übernehmen würde, ist dabei eingepreist.

Auch die Universitäten und Forschungsinstitute sind nicht ausgenommen. Schon heute wird an zahlreichen Universitäten im Land an Kriegstechnologien geforscht – teils auch, indem bestehende Zivilklauseln, also Selbstverpflichtungen zu zivilen Zwecken, gebrochen werden. So zuletzt in Hamburg, wo entgegen der Zivilklausel mit dem französischen Rüstungsunternehmen

Von Krankenhaus bis Uni

Es sind auch viele andere Bereiche, in denen die Aufrüstung sich bemerkbar macht. Ein Beispiel dafür ist der Operationsplan Deutschland, ein geheimer Plan der Bundeswehr, der die Bereitschaft Deutschlands für den Krieg steigern soll. Der Plan sieht eine enge Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und zivilen Einrichtungen vor, was auch immer mehr ausgeweitet wird, wie man in

Thales an Chips geforscht wurde, die besonders sensibel sind. Thales stellt Drohen her; unter anderem solche, die an Israel in seinem Krieg gegen Gaza und den Iran geliefert werden. Schon heute sind also Studierende und Forschende Teil der Kriegsmaschinerie, und sie sollen es noch mehr werden: In Bayern werden die Universitäten bereits verpflichtet, mit der Bundeswehr zusammenzuarbeiten, und Zivilklauseln im ganzen Land stehen unter Beschuss.

Ein VW-Betriebsrat gegen Krieg

Bei der Betriebsversammlung am 2. September rief ein Mitglied des Betriebsrates bei VW in Braunschweig tausende Kolleginnen und Kollegen auf, „schnell zu lernen“ und den Kriegsvorbereitungen etwas entgegenzusetzen:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben in einer Gesellschaft, die zielstrebig auf einen neuen großen Krieg zusteuert. Viele werden sagen, dass lässt sich nicht vergleichen, aber ich glaube doch. Es geht auch heute nicht um Menschenwürde oder Demokratie. Weder in der Ukraine, dem Kongo oder in Palästina! Es geht um Rohstoffe, Profit und Macht. Eigentlich hätte man ja schon nach dem ersten Weltkrieg der Meinung sein können, dass die Menschheit daraus gelernt hat, aber leider ist das Gedächtnis doch oft sehr kurz. Ich erkenne in diesen Kriegen keinen Freund oder Feind.

Welcher Arbeiter ist aus dem ersten Weltkrieg als Sieger hervor gegangen? Was sagen uns die Millionen Gräber auf der ganzen Welt?

Die Aktionäre werden ihre Kinder nicht auf dem Schlachtfeld opfern. Sie führen kriegswichtige Betriebe und sind bestimmt unabhkömmlich.

Und das Sondervermögen Rüstung, so heißen heute die Kriegskredite, werden wir bezahlen, nicht Musk, nicht Porsche, nicht Thyssen-Krupp.

Auch heute gibt es leider wieder Stimmen in unseren Gewerkschaften, aber auch in der Belegschaft, die die Kriegskredite unterstützen und sich über die gut bezahlten Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie freuen.

Wir müssen lernen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen schnell lernen.

Denn bezahlen werden wir sonst wieder mit dem Blut unserer Kinder und die Friedhöfe werden wachsen.“

Dass im Ernstfall so ziemlich alle Bereiche des Lebens dem Krieg unterworfen werden, wird besonders durch das „Arbeits-sicherstellungsgesetzes“ deutlich. Dieses ermöglicht es, im Kriegsfall Arbeiter in wichtigen Branchen zur Arbeit zu zwingen, die Kündigung zu verunmöglichen und auch Arbeitskampf zu untersagen. Denn

wenn es hart auf hart kommt, darf es keine Zweifler und auch keine Verweigerer mehr geben. Das ganze Land wird auf Kriegstüchtigkeit eingeschworen – es gibt kaum noch Branchen, die komplett unberührt von der Aufrüstung sind. Immer mehr Beschäftigte werden in die Kriegswirtschaft einbezogen. Doch all das birgt auch eine neue Mög-

lichkeit: Es sind nicht nur die Soldaten, die im Kriegsfall verweigern können – es sind auch die Beschäftigten in der Produktion, diejenigen, die die Waffen ausliefern oder die an kritischen Stellen sitzen. Somit gibt es auch die Gelegenheit, die Entwicklung umzudrehen und zu einer Möglichkeit für immer breiteren Widerstand zu machen!

Leseprobe

Aufrüstung und Kriegsvorbereitung

Eine starke Friedensbewegung ist notwendig

Was ist los auf der Welt?

Ungeheuer rasch nehmen die Widersprüche zwischen den Großmächten USA, China, Russland, aber auch der EU zu. Insbesondere die USA sind in einem extremen Kampf mit der aufstrebenden kapitalistischen Großmacht China. Hatten die USA 2024 ein BIP von rund 29,2 Billionen US-Dollar, soll es 2025 auf rund 30,5 Billionen US-Dollar steigen, also um ca. 4,2%. Das ist gegenüber früheren Wachstumsraten wenig. Der Konkurrent China wurde jedoch durch Maßnahmen der Biden-Regierung und die aggressive Politik der Trump-Regierung ausgebremst. China soll 2025 bei 19,2 Billionen Dollar stehen und ein Wachstum gegenüber dem Vorjahr von ca. 2,5% haben. Mit 1,7% Wachstum von 24 auf 25 und einem BIP von 19,7 Billionen US-Dollar ist die EU zwar ökonomisch stark, aber politisch und militärisch abgeschlagen.

Die USA kämpfen mit allen Mitteln darum, ihren Platz als Weltmacht Nr.1 zu behalten. Sie haben jedoch nicht mehr alles unter Kontrolle, dafür ist China als imperialistische Großmacht bereits zu stark und es arbeitet an Bündnissen wie BRICS oder der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Auch das Projekt „Neue Seidenstraße“ soll China Wege zu einem weiteren Aufstieg verschaffen. In einem Beitrag vom 4.9.25 erklärt der Deutschlandfunk: „... Chinas Dominanz bei Seltenen Erden: 70 Prozent der für Zukunftstechnologien entscheidenden Materialien werden in China gefördert.“ „China wird der maßgebliche Antreiber und das Zentrum des Welthandels werden“, meint Prof. Heilmann (Universität Trier).

Selbst mit dem bisherigen Konkurrenten Indien, das ebenfalls rasch aufsteigt, hat sich China verbunden. Der Deutschlandfunk sagt dazu: „Das sich abzeichnende energiepolitische Dreieck zwischen Russland, China und Indien ist gegen westliche Sanktionen weitgehend immun.“ Und das nicht nur im Energiebereich, sondern auch

bei Rohstoffen, Militärtechnik und den neuesten Entwicklungen in der KI.

Heftig hat der Kampf der Großen das deutsche Kapital getroffen. Nach dürftigen Zuwachsraten in den Jahren davor sank das inflationsbereinigte BIP sowohl 2023 um 0,3% als auch 2024 um 0,2%. Für 2025 wird erneut ein Minus vorhergesagt. Insbesondere der Ukraine-Krieg hat zwar der Rüstungsindustrie große Aufträge und Profite gebracht, aber der übrigen Wirtschaft durch rasant steigende Energiepreise (z.B. teures Fracking-Gas aus den USA) und dem damit verbundenen Verlust an Konkurrenzfähigkeit schweren Schaden zugefügt. Allmählich wachsende Arbeitslosigkeit, Löhne unter der Inflationsrate und erste Kürzungen im Sozialbereich haben zudem den Konsum geschwächt.

Der gegenwärtige Kampf der imperialistischen Giganten USA und China um die Vorherrschaft auf der Welt stärkt kurzfristig vor allem die USA und geht zugleich zu Lasten der EU und des deutschen Imperialismus.

Die Rolle Deutschlands

Das deutsche Kapital antwortet darauf mit einem aggressiven Aufrüstungskurs und dem Versuch, die EU unter seine Kontrolle zu bringen und zu beherrschen. Dabei wird sehr zielgerichtet vorgegangen, auch wenn nach außen so getan wird, als ob vieles noch nicht klar sei.

...

Sowohl als Mittel zur Stärkung seiner Position in Europa ist Aufrüstung für das deutsche Kapital dringend notwendig, als auch als Ausgleich für die Verluste auf dem Weltmarkt wie in der Autoindustrie. Statt Autos bauen dann VW, Daimler, Porsche usw. wieder Panzer wie schon im 2. Weltkrieg. Offen strebt Deutschland an, zur militärisch stärksten Macht in Europa zu werden; stärker als Russland. Da Deutschland hinter den USA und China derzeit ökonomisch die Nr.3 auf der Welt ist, könnte

es als stärkste Militärmacht in Europa die Führung übernehmen und die anderen europäischen „Partner“ auf seinen Kurs zwingen. Schon lange will der deutsche Imperialismus die EU nutzen, um selbst wieder stark zu werden. Daher klagt er ständig über die „Uneinigkeit“ in der EU. Weil nicht alle Staaten nach seiner Pfeife tanzen, will er die bereits eingeschränkte, lästige Regel, dass alle Mitglieder einstimmig beschließen müssen, immer stärker einschränken. Das würde ihm mehr Macht und Gewicht geben.

Wenn er die EU dominiert und könnte er zu einer Weltmacht wie USA und China werden.

...

Die Träume von einer dritten Weltmacht neben den USA und China, eben ein Europa unter der Führung des deutschen Kapitals sind der Hintergrund für die enorme Aufrüstung. 500 Milliarden € für das harmlos getaufte „Infrastrukturpaket“, dass vor allem Transportwege (Straßen, Schienen), die gesamte Logistik und andere militärisch bedeutsame Bereiche „kriegstüchtig“ machen soll. Dazu unbegrenzte Schulden für neue, modernere, tödlichere Waffen.

...

**Weitere Kapitel:
Konsequenzen für die Arbeiterklasse
Aufgaben der Friedensbewegung**

**Den gesamten Text gibt es auf
theorieundpraxis.org**



Kieler Revolutionäre während der Novemberrevolution 1918



Wer kann Kriege beenden?

Die Geschichte zeigt: Wirklicher Frieden entsteht nicht durch imperialistische Absprachen, sondern durch die Erschöpfung der Aggressoren oder, viel zuverlässiger, durch den Kampf und die Solidarität der Arbeiterklasse und unterdrückten Völker.

US-Präsident Trump versucht sich ja gerade als Friedensengel – sowohl in der Ukraine als auch in Gaza. Doch, wie wir sehen, klappt das nicht. Aber selbstverständlich können auch imperialistische Mächte einen Krieg beenden. In der Regel geht das, wenn eine der beteiligten Kriegsparteien erschöpft und am Boden ist, also verloren hat oder kurz davor ist. Es geht auch dann, wenn beide Kriegsparteien erschöpft sind, also ein Patt entsteht. So ein imperialistischer Friede ist jedoch ein Ergebnis der Kräfteverhältnisse. Sobald sich diese ändern, kann aus diesem „Frieden“ wieder ein Krieg wachsen.

Das ist auch das Problem von „Friedensengel“ Trump. Seine Vorschläge zur Ukraine beruhen auf der Macht der imperialistischen USA. Doch die Gegenseite wie Russland ist eben nicht machtlos und möchte ihren verlorenen Einfluss wieder herstellen. Da sind Absprachen nicht von Dauer, sondern von den militärischen Erfolgen bzw. Misserfolgen, der ökonomischen und militärischen Stärke abhängig. Es geht nicht um Frieden und Freiheit, sondern um die Beherrschung dieses strategisch wichtigen und noch dazu rohstoffreichen Landes. Auch wenn dort ein „Frieden“ erreicht wird, wird der Kampf um die Anteile an den Reichtümern weitergehen und er kann jederzeit wieder zu einem Krieg führen, wenn sich die zwei imperialistischen Räuber nicht einig werden. Oder wenn der dritte imperialistische Räuber, die EU mit Deutschland an der Spitze, um seinen Anteil an der Beute kämpft.

Lenin charakterisierte den Ersten Weltkrieg und das kann auch auf die heutige Lage übertragen werden:

„Darin besteht doch gerade die Besonderheit des imperialistischen Krieges, eines Krieges zwischen reaktionär-bürgerlichen, historisch überlebten Regierungen, eines Krieges, der geführt wird zwecks Unterdrückung anderer Nationen. Wer die Teilnahme an diesem Krieg gutheißt, der verewigt die imperialistische Unterdrückung der Nationen. Wer dafür eintritt, die Schwierigkeiten, in denen sich die Regierungen jetzt befinden, für den Kampf um die soziale Revolution auszunutzen, der verfährt die wirkliche Freiheit wirklich aller Völker, die nur im Sozialismus durchführbar ist.“

– Lenin, Sozialismus und Krieg, LW Bd. 21, S. 306

Da die herrschende Klasse an erster Stelle den Profit und damit den Kampf um Märkte und Rohstoffe stellt, kann sie niemals „Friedensengel“ sein, sie kann es nur vortäuschen – wie Trump. Damit sollen die Menschen getäuscht werden, um sie am Ende für den weiteren, „unvermeidlichen“ Krieg zu mobilisieren.

Wer kämpft wirklich für Frieden?

In der Geschichte gibt es Beispiele, wie Frieden erkämpft wird. Eindrucksvoll sind die Revolutionen, die zur Beendigung des Ersten Weltkrieges führten. In Russland standen die Arbeiter und Bauern 1917 gegen Krieg und Zarismus auf. Als Führer der Arbeiterklasse übernahmen die Bolschewiki die Macht. Die revolutionäre Regierung bot sofort einen Waffenstillstand und die Beendigung des Krieges an. Sie akzeptierte sogar den Verlust russischen

Territoriums, um der Schlächtereie ein Ende zu bereiten. Bürgerliche Kräfte griffen sie deshalb als „Vaterlandsverräter“ an. Doch die Arbeiterklasse und die große Mehrheit der Völker in Russland waren froh und unterstützten den nun möglichen sozialistischen Aufbau. In Deutschland, wo die sozialdemokratischen Führer den Krieg unter dem Schlachtruf „Vaterlandsverteidigung“ unterstützten, machte die Novemberrevolution 1918 dem Krieg und dem Kaiserreich ein Ende. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die die KPD gründeten, führten diese Bewegung an und wurden auf Geheiß der SPD-Führer ermordet. Die Revolution wurde in Blut erstickt. Doch trotzdem war der Krieg durch die Revolution beendet worden.

Nicht immer wird ein Krieg durch eine Revolution beendet. Der Vietnam-Krieg dauerte von 1955 bis 1975. Die Zahl der vietnamesischen Opfer dieses brutalen Krieges des US-Imperialismus wird laut Wikipedia auf 1,3 bis 3 Millionen geschätzt. Auf Seiten der USA und ihrer Verbündeten gab es über 60.000 Tote. Der erstaunliche Grund für die Beendigung des Krieges: Der große, starke US-Imperialismus war erschöpft und musste die Beherrschungspläne aufgeben. Der Widerstand des vietnamesischen Volkes war zu groß und stark. Zudem waren die US-Truppen demoralisiert. Viele US-Soldiers nahmen Drogen und hatten keine Lust auf Krieg und die Unterdrückung des vietnamesischen Volkes. Ein weiterer Aspekt war die weltweite Solidarität und die massenhaften Proteste gegen den brutalen Krieg des US-Imperialismus. Dies zwang einige Regierungen, zumeist heuchlerisch, sich für „Frieden“ auszusprechen. Auch in den USA gab es eine breite Anti-Kriegs-Bewegung, die so stark war, dass sie durchaus Einfluss hatte und Druck auf die Regierung ausüben konnte.

So ähnlich sieht es derzeit bei dem brutalen, israelischen Vernichtungskrieg gegen Gaza aus. Der Druck der internationalen Soli-

darität hat dazu geführt, dass Trump seine „Friedensmanöver“ macht. Auch die reaktionären arabischen Regime und Erdogan in der Türkei sind gezwungen, Solidarität zu heucheln, während sie gleichzeitig um ihren Einfluss feilschen. Gaza und Palästina werden durch diese Deals nicht frei, sondern entsprechend den Machtverhältnissen aufgeteilt.

Aber die Beispiele zeigen doch eindrucksvoll, was wirklich Kriege beenden kann. Nicht die Manöver der imperialistischen Mächte, sondern die Solidarität und der Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker. Der beste und sicherste Weg zu Frieden ist die Entmachtung der imperialistischen Kriegstreiber, wie die Oktoberrevolution in Russland und die Novemberrevolution in Deutschland zeigen. Aber auch die Solidarität und die Kämpfe der Arbeiter und Völker für Frieden können, wie das Beispiel des Vietnam-Krieges zeigt, Kriege beenden oder wie im Fall Palästinas bremsen und behindern.

Es ist daher richtig und wichtig, innerhalb der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften konsequent gegen die imperialistischen Kriege einzutreten, die Solidarität der Arbeiter und der Völker zu stärken und gegen die Kriegstreiber zu mobilisieren. Ebenso ist es dringend notwendig, die Friedensbewegung aufzubauen und mit der Arbeiterbewegung zu verbinden. Unsere Grundlage ist dabei eine konsequent anti-imperialistische Haltung. Unsere Perspektive ist die endgültige Entmachtung der imperialistischen Kriegstreiber.

Nicht die Manöver der imperialistischen Mächte, sondern die Solidarität und der Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker.

Umsetzung der GEAS-Reform in Deutschland

Asylrecht am Abgrund

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) trat im Juni 2024 in Kraft und umfasst zahlreiche Verordnungen zur Verschärfung der Asylgesetze aller europäischen Mitgliedsstaaten. Die Umsetzung in den jeweiligen Ländern soll bis 2026 abgeschlossen sein sollen. Rund ein Jahr später präsentierte nun die Bundesregierung im September 2025 einen Gesetzesentwurf, um die GEAS-Reform in nationales Recht umzusetzen. Mit dem geplanten Gesetz entspricht Deutschland nicht nur den europäischen Vorgaben der GEAS-Reform, sondern findet darin gleichzeitig einen passenden Hebel, um noch schärfere Regelungen gesetzlich zu verankern.

Gemeinsame europäische Abschottung

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem existiert bereits seit 2013 - mit dessen Reform im Jahre 2024 manifestierte sich euro-

paweit die größte Asylrechtsverschärfung seit den letzten 30 Jahren. Kernstück der GEAS-Reform sind insgesamt elf Rechtsakte, um in allen Bereichen der Asylgesetze eine noch brutalere Abschiebep Praxis zu forcieren und das Recht auf Asyl faktisch abzuschaffen. So sieht zum Beispiel die sogenannte „Screening-Verordnung“ vor, dass es für Asylsuchende innerhalb von sieben Tagen verpflichtend ist, ein „Screening“ zu durchlaufen - darunter zählen jegliche Feststellungen zur Identität, Gesundheitsdaten, sogenannte „Sicherheitschecks“ und die Speicherung der Fingerabdrücke. Sollte dieses „Screening“ nicht vollständig oder fristgemäß stattfinden, soll die „Rückführung“ bereits an den EU-Außengrenzen eingeleitet werden. Biometrische Daten sind damit verpflichtend für Personen und Kinder ab sechs Jahren zu erfassen, zu speichern und allen europäischen Mitgliedsstaaten über die sogenannte EURODAC-Datenbank zugänglich zu machen. Um „Rückführungen“ zu erleichtern,

ist darüber hinaus jeder Mitgliedsstaat in der Lage, Asylsuchende in sogenannte „sichere“ Drittstaaten abzuschieben - während gleichzeitig die Anforderungen an die Einordnung als sicherer Drittstaat deutlich herabgesenkt werden sollen. Menschen aus Herkunftsländern, denen im europäischen Durchschnitt in weniger als 20 Prozent der Fälle eine Flüchtlingsanerkennung oder ein subsidiärer Schutz zugesprochen wird, sollen ein beschleunigtes Grenzverfahren durchlaufen, sodass letztlich die Statistik darüber entscheidet, ob Asylsuchende in Elend und Tod zurückgeschickt werden können. Auch an den Regelungen der „Dublin-Verordnung“ wird festgehalten, nach denen der Staat der ersten Einreise für das Asylverfahren der Schutzsuchenden zuständig ist. Damit soll insbesondere verhindert werden, dass Asylsuchende in einem „Wunschland“ ihren Asylantrag stellen können und „freizügig“ in der Europäischen Union „reisen“ können - sollte dieser nicht in dem Land beantragt worden sein,



in dem die Personen in die EU eingereist sind, gilt er als ungültig.

Auf die GEAS-Reform folgte im Jahre 2024 insbesondere von verschiedensten Menschenrechtsorganisationen massive Kritik und Proteste. So ordnet das Institut für Menschenrechte die Reform als Aushöhlung des Flüchtlingsschutzes ein, obwohl bereits jetzt Asylsuchende mit massiven traumatischen Erfahrungen über mehrere Wochen in gefängnisähnlichen Lagern an den EU-Außengrenzen untergebracht werden. Mit der GEAS-Reform schafften die EU-Mitgliedsstaaten ein System, was auf Abschottung, Kontrolle und massenweise Abschiebungen ausgerichtet ist. Mit den Anforderungen zu den sogenannten „beschleunigten Asylverfahren“ wird das individuelle Recht auf Asyl faktisch außer Kraft gesetzt.

Deutschland schießt übers Ziel hinaus

Unter dem Motto „All das und noch viel mehr“ machte sich nun die Bundesregierung an den Gesetzesentwurf „zur Anpassung des Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“. Innenminister Dobrindt betonte bereits, dass er die Reform „noch härten und schärfen“ wird. Und so sind nun weitere Asylverschärfungen auf dem Weg, die Deutschland nach den europäischen Vorgaben eigentlich gar nicht umsetzen müsste. Alle biometrischen und personenbezogenen Daten von Asylsuchenden sollen nun bereits bei der ersten polizeilichen Erfassung an die EU-Datenbank übermittelt werden, noch bevor überhaupt ein Asylantrag gestellt worden ist. Darüber hinaus sehen die

deutschen Regelungen massive Sanktionen vor: Sollten bestimmte Pflichtangaben nicht erfüllt werden, droht eine sofortige Ausreisearrrest. Das „Herzstück“ des geplanten Asylgesetzes: Die Einrichtung von sogenannten Aufnahmeeinrichtungen zur Durchführung von Asylverfahren, geschlossene Zentren und Haft für Kinder. Dabei soll es zur Regel werden, dass es Asylsuchenden untersagt wird, zu gewissen Zeiten insbesondere abends und nachts die Asyleinrichtungen zu verlassen. Unterstellt wird dabei eine „Fluchtgefahr“, wodurch Asylbewerbern ein faktischer Freiheitsentzug auferlegt wird. Selbst Minderjährige dürfen nach dem Gesetzesentwurf in § 70a Abs. 3 AsylG-E inhaftiert werden, wenn dies „ihrem Wohl dient“. Da Asylsuchende vor der Entscheidung über das Asylverfahren als nicht eingereist gelten, ist zudem vorgesehen, sie bis zu zwölf Wochen in Haft nehmen zu können, bis über den Antrag entschieden worden ist. Auch der juristische Umgang mit Asylverfahren soll geändert werden: Während früher gegen eine Abschiebeanordnung Widerspruch eingelegt werden konnte und dieser dazu geführt hat, dass die Abschiebung nicht vollzogen werden durfte, solange ein Gericht nicht darüber entschieden hatte, fällt diese Regelung nunmehr weg. Asylsuchenden soll damit jeglicher übrig gebliebene Rechtsschutz verwehrt werden, was zu einer faktisch schutzlosen Auslieferung jener an die deutschen Staatsapparate führt. Das Kabinett stimmte dem Entwurf von Innenminister Dobrindt bereits zu und die Bundesregierung prahlte in ihrer europäischen Vorbildrolle, all diese Regelungen bereits vor 2026 umsetzen zu wollen.

Der Hebel der Migration

Während bereits seit Beginn des Jahres massive Abschiebungen durchgezogen werden, schafft es die Bundesregierung mit jenem geplanten Gesetz, Asylsuchende auf brutalste Weise unter Kontrolle zu halten, die deutschen Grenzen abzuschotten und Migranten anhand ihrer Arbeitsverfügbarkeit auslesen zu können. Ideologisch untermauert wird diese brutale Praxis mit massiver Hetze gegen Migranten, nicht zuletzt durch die Aussage vom Bundeskanzler Friedrich Merz darüber, dass Migration ein „Problem im Stadtbild“ darstellt und es in Zukunft Einwanderung nur für unsere Arbeitsmärkte bräuchte. Mit der Umsetzung der GEAS-Reform findet die deutsche Bundesregierung fast schon im Verborgenen eine passende Möglichkeit, um die Migration nach den Interessen des Kapitals zu steuern und ihre Ausbeutung zu maximieren. In den neuen Regelungen, der Hetze und der Kriminalisierung von Migranten findet die Spaltung ihre konkrete Erscheinung - dagegen gilt es, sich wie bei den Protesten nach den Aussagen von Friedrich Merz zu wehren und konsequenter denn je die Einheit zu stärken. Denn jene sind nicht nur lediglich aufgrund von Menschenrechten oder Humanität verwerflich, sondern stellen für das Kapital einen zentralen Mechanismus der Verschärfung der Ausbeutung und der Spaltung dar, der uns alle trifft und den es zu entlarven gilt.

„Aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem und deswegen ist der Bundesinnenminister ja auch dabei, jetzt in sehr großem Umfang auch Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen.“

-Friedrich Merz

Staatsgewalt - die Lösung für Gewalt an Frauen?

Statt ausreichenden Schutz und finanzierte Hilfsangebote zu schaffen, instrumentalisiert die Bundesregierung das Thema für rassistische Politik und verschärfte Überwachung.

Der Lagebericht des Bundeskriminalamts zeigt einen deutlichen Anstieg von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. 2023 wurden 938 Opfer von versuchten oder vollendeten Tötungsdelikten gezählt, davon 360 vollendete. Das heißt, beinahe jeden Tag wurde ein Femizid begangen. Zudem erlebten 180.715 Frauen häusliche Gewalt, rund 10.000 mehr als im Vorjahr. Damit wird in Deutschland etwa alle zwei Minuten eine Frau vom (Ex-) Partner oder der Familie misshandelt.

Und was tut die Bundesregierung?

Trotz dieser alarmierenden Zahlen besteht in Deutschland kein ausreichender Schutz vor Gewalt. Die seit 2018 geltende Istanbul-Konvention wird laut Berichten nicht eingehalten: 2023 fehlten rund 21.000 Frauenhausplätze und jede vierte Frau musste ihren Aufenthalt selbst finanzieren. Kosten, die für viele Frauen, die aus gewaltvollen Beziehungen fliehen, nicht tragbar sind. Doch auch dort ist nicht jede Frau sicher. Das zeigte die Abschiebung einer Frau mit ihren zwei Kindern aus einem Hamburger Frauenhaus im vergangenen Jahr. Einen gesetzlichen Anspruch auf Schutz gibt es bislang auch nicht; das neue Gewalthilfegesetz soll dies erst ab 2032 ändern, wenn es finanziert werden kann und auch dann nicht für alle Betroffenen.

Anstatt sich aber um die Finanzierung dieser Hilfsangebote zu kümmern, nutzen die Parteien die prekäre und unsichere Lage der Frau aus, um sie für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Ein gängiger Sündenbock in dieser Praxis ist der Migrant. Wir haben es 2015 nach der Silvesternacht in Köln gesehen. Die sexuelle Belästigung und Gewalt an diesem Abend haben in den Wochen darauf eine nebensächliche Rolle gespielt. Viel mehr haben Medien und Politik sich auf das Feindbild konzentriert. Nachrichten und Debatten über die deutsche Frau, die bedroht wird vom fremden Mann, waren stets an der Tagesordnung. Sie haben zum einen den Weg geöffnet für schärfere Asylgesetze und es zum anderen geschafft, mit rassistischer Hetze die Spaltung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund aufrechtzuerhalten. Und erst vor kurzem hat der Bundeskanzler versucht, seine neuesten Abschiebepläne mit dem Schutz von Frauen zu rechtfertigen. Auf seine rassistische „Stadtbild“-Aussage angesprochen sagte er den Reportern, sie sollten doch mal ihre Töchter fragen, was er damit gemeint habe. Während also punktuell und auch immer nur, wenn es der eigenen Agenda nützt, der Schutz von Frauen auf die Tagesordnung gesetzt wird, gibt es keine Debatten darüber, dass Frauen und Mädchen am häufigsten Gewalt in ihren eigenen vier Wänden ausgesetzt sind. Lieber wird im Namen des Schutzes von Frauen wird also Rassismus geschürt und es werden Scheindebatten aufgemacht, die davon ablenken, dass die sozialen Angriffe und Kürzungen der Regierung die gesamte Gesellschaft und besonders Frauen in den nächsten Jahren weiter in Armut und Unsicherheit stürzen werden.



Der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen erinnert an die drei Schwestern Mirabal, die am 25. November 1960 in der Dominikanischen Republik wegen ihres Widerstands gegen die Diktatur Trujillos ermordet wurden. 1981 wurde der Gedenktag eingeführt, der heute weltweit auf Gewalt gegen Frauen und Femizide aufmerksam macht und Schutz fordert.

Überwachung zur Sicherheit der Frau?

Der neue Gesetzesentwurf von der Bundesjustizministerin Stefanie Hubig, der vorsieht, dass Familiengerichte künftig die Täter zum Tragen einer elektronischen Fußfessel verpflichten können, zeigt jetzt schon ähnliche Muster. Nach dem spanischen Modell verspricht man sich auch in Deutschland besseren Opferschutz durch Überwachung. Doch diese Form der Überwachung ändert nichts an den Ursachen der Probleme und kann somit auch keine Lösung sein. Die Befreiung der Frau und somit auch ein Leben ohne Gewalt werden nicht erreicht durch noch mehr Strafen und Kontrolle – im Gegenteil. Wir sehen es in den Großstädten, wo die Überwachung immer mehr zunimmt und die Frauen trotzdem nicht sicherer sind. Die Kameras auf öffentlichen Plätzen werden stattdessen benutzt, um migrantische und wohnungslose Menschen zu kriminalisieren und uns an eine dauerhafte Überwachung zu gewöhnen. In Angesicht der größeren gesellschaftlichen Entwicklung, in der die Überwachung durch Polizeigesetze und Softwares wie Palantir sowieso immer weiter ausgebaut werden, muss dieser Vorschlag unsere Alarmglocken aktivieren. Dass Modelle wie Fußfesseln überhaupt diskutiert werden zeigt, wie wenig der Staat bereit ist, dem Problem tatsächlich etwas entgegenzusetzen!

Für ein Leben in Sicherheit!

Wir sehen, die an verschiedenen Stellen die Sicherheit der Frau genutzt wird, um andere Maßnahmen zu rechtfertigen. Doch diese Besorgnis um Sicherheit bleibt heuchlerisch, solange die steigende Gewalt an anderer Stelle billigend in Kauf genommen wird. Um dies aufzuzeigen, sind nach den Aussagen von Merz zum „Stadt-bild“ tausende Frauen unter dem Motto „Töchter gegen Merz“ auf die Straße gegangen, um sich gegen Rassismus und die Instrumentalisierung ihrer Lage auszusprechen. Stattdessen müssen wir die Forderungen in den Vordergrund rücken, über die nicht diskutiert wird, die aber mit der steigenden Gewalt immer dringlicher werden: Statt Kürzungen im sozialen Bereich brauchen wir Frauenhausplätze! Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen, an die von Gewalt betroffene Frauen auch rankommen, um nicht in gewalttätigen Haushalten bleiben zu müssen! Wir brauchen höhere Löhne, die Frauen ein eigenständiges Leben ohne Abhängigkeit von Partnern und Familie ermöglichen! Gerade in Zeiten der Kürzungen und des Sozialabbaus, der uns Frauen umso härter treffen wird, sollten wir diese Themen auf die Tagesordnung setzen, um der Gewalt etwas entgegenzusetzen und einem Leben in Sicherheit zumindest einen Schritt näher zu kommen!

Das Ziel des „Friedensplans“ für Gaza wird immer deutlicher: Die Untergrabung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes!

Frieden ist nicht gleich

BEFREIUNG



setzten Westjordanland auf Grundlage des sogenannten Administrativrechts festgenommen worden sind. Das Administrativrecht ist Ausdruck der staatlichen Gewalt gegenüber den Palästinensern. Es erlaubt, Palästinenser ohne Gerichtsverfahren für sechs Monate, zwölf Monate oder einen längeren Zeitraum ohne Gerichtsverfahren zu inhaftieren. Auf der Liste stehen zudem 250 Namen, die für den palästinensischen Befreiungskampf eine zentrale Rolle spielen, darunter Marwan Barghouti. Bei einigen dieser Namen, die im Aktenzeichen geschwärzt und mit dem Code 99-99-9999 auftauchen, weigert sich die israelische Regierung weiterhin, sie freizulassen. Es ist eine Vorsichtsmaßnahme der rechtsradikalen und zionistischen Regierung Netanjahus, den palästinensischen Widerstand weiterhin zu brechen. Wichtige Figuren, die den palästinensischen Widerstand organisieren könnten, bleiben in Haft. Nachdem 150 palästinensische Leichen von Israel übergeben worden sind, häufen sich die Belege der Folterung. Viele weisen Prellungen, Knochenbrüche oder Schüsse in Kopf und Brust auf. Auf die Vorwürfe reagieren die Verantwortlichen in den israelischen Militärlagern, in denen Palästinenser festgehalten werden, mit der nachweislichen Lüge, dass die Menschen bereits tot ins Lager kamen.

Der Plan schiebt einen eigenständigen palästinensischen Staat auf die lange Bank, spricht vor allem Israel Sicherheitsgarantien zu und gewährt imperialistischen Staaten wie den USA oder Deutschland Zugang zu Handelsrouten, Ressourcen und neuen Investitionsmöglichkeiten. Währenddessen fliegt Israel weiterhin Luftangriffe auf den Gazastreifen. Von Frieden ist weit und breit keine Spur, stattdessen stellt sich zum einen die Frage, wie es mit dem Gazastreifen weitergeht und zum anderen, wie es um das Schicksal des gesamten palästinensischen Volks steht. Die erste Phase des Plans ist eingeleitet worden. Was ist bisher passiert und welche Rolle spielt Deutschland bei dem Ganzen?

Geiseln werden getauscht

Alle lebendigen israelischen Geiseln wurden an das Rote Kreuz übergeben und nach Israel gefahren. Auch 15 tote Geiseln sind

übergeben worden. Da die Bergung weiterer Leichen durch die Trümmer schwerfällig ist, konnten 13 Leichen noch nicht übergeben werden. Während die israelische Regierung der Hamas einen Bruch mit dem Waffenstillstandabkommen, das am 10. Oktober offiziell verabschiedet worden ist, vorwirft, fliegt Israel weiterhin Luftangriffe auf den Gazastreifen. Zuletzt hieß es, dass man die PIJ, eine Islamische Dschihad-Organisation, zurückdrängen wollte. Und so ist schnell ein neuer Gegner, von dem vorher nichts bekannt war, gefunden. Leittragende sind die knapp 90 unschuldigen Zivilisten, die durch die Angriffe trotz offiziellem Waffenstillstand sterben mussten. Im Gegenzug zu den israelischen Geiseln hat Israel circa 2.000 palästinensische Gefangene freilassen. Zwar wird in den Medien zwischen israelischen Geiseln und palästinensischen Gefangenen unterschieden, faktisch handelt es sich jedoch auch bei den palästinensischen Gefangenen um Geiseln, größtenteils Personen, die im be-

Donald Trump vor der Knesset

Bevor Trump nach Ägypten flog, stattete er seinem engsten Verbündeten im Nahen Osten, Israel, einen Besuch ab und ließ sich als vermeintlicher „Friedenspräsident“ feiern. Die Lobrede in der Knesset zeigen Geschlossenheit zwischen Trump und Netanjahu. Es zeigt sich, dass beide Hand in Hand gehen bei der Gestaltung des Nahen Ostens gehen. Beide teilen eine Vision von einer „großartigen Region“ und einem „neuen Nahen Osten.“ Die USA wollen einen Nahen Osten, in dem sie eine starke Rolle spielen und sich gegen die Konkurrenten durchsetzen. Allen voran gegenüber China, das zunehmend an Einfluss in der Region gewinnt, insbesondere mit der Neuen

Seidenstraße. In Gaza wollen die USA mit europäischen und arabischen Verbündeten ihren Einfluss erweitern. Zum einen durch die politische Kontrolle dadurch, dass ein installiertes Komitee den Gazastreifen regieren soll. Dem Plan eines „apolitischen Expertenkomitees“ haben palästinensische Gruppen bereits zugestimmt. Das Komitee steht wiederum unter Kontrolle des Friedensrats, in dem Donald Trump und Tony Blair den Vorsitz übernehmen sollen. Letzterer ist unter anderem berüchtigt durch die Kriegsverbrechen, die Großbritannien unter ihm im Irak-Krieg beging. Zum anderen verschaffen sich die imperialistischen Mächte dadurch einen Zugang zu Handelsrouten, Absatzmärkten und Ressourcen. Dazu sagt Trump: „Gaza wird in den kommenden Jahrzehnten ein großartiges Wunder sein.“ Es ist klar, dass das „Wunder“ nicht für das palästinensische Volk gilt, sondern für Kapitalisten, die sich mit dem Wiederaufbau und Investitionen eine goldene Nase verdienen. Natürlich ist das Ende des Genozids und der mögliche Wiederaufbau von Häusern und Infrastruktur für die Bevölkerung in Gaza mehrheitlich eine Erleichterung. Dass dem jedoch eine genozidale Zerstörung vorausgehen musste, zeigt die gesamte Rücksichtslosigkeit der Imperialisten. Und so sprach Trump weiter, dass „Israel alles gewonnen hat, was es mit Waffengewalt gewinnen konnte.“ Tatsächlich geht Israel mit seinen Verbündeten als Sieger aus diesem Krieg. Die Netanjahu-Regierung hat den Spieß umgedreht und der Hamas den Druck aufgelastet, dem 20-Punkte-Plan zuzustimmen. Sie haben jegliche Verantwortung für ihre Kriegsverbrechen abgegeben.

Weitere Annexionspläne

Während der Rede Trumps protestieren die Politiker der fortschrittlichen Chadasch-Partei, Ofer Cassif und Ayman Odeh.

Später postete Odeh auf seinem Social-Media-Account: „Wahrer Frieden, der beide Länder vor der Zerstörung bewahren kann, wird nur möglich sein, wenn die Besatzung und das Apartheid-System beendet werden und ein palästinensischer Staat neben Israel entsteht. Verweigert euch der Invasion! Leistet Widerstand gegen die blutige Regierung!“ Er spricht das an, was der 20-Punkte-Plan nicht mit einem Wort erwähnt, nämlich das Apartheidsregime Israels, das die Palästinenser strukturell diskriminiert und ausbeutet. Er verurteilt die Besatzungspolitik, die vor allem im Westjordanland aggressiv vorangetrieben wird, und die auch im Gazastreifen nicht ausgeschlossen ist. Bisher hat sich die IDF nur auf eine „gelbe Linie“ zurückgezogen. Diese gelbe Linie ist im Interesse der USA und Israel. Damit kontrollieren sie 53 Prozent des Gazastreifens und können ihren Einfluss ausweiten. Damit ist man dem Schritt eines Großisraels näher, durch das die USA ein Stück mehr im Nahen Osten unter seine Kontrolle bringt.

Zwar ist auch ein vorläufiges Einschränken der weiteren Annexion des Westjordanlandes Teil des Abkommens, jedoch nicht aus Mitleid und Nächstenliebe zum palästinensischen Volk oder zum Selbstbestimmungsrecht. Die USA haben mit den arabischen Staaten im Zuge der „Friedensverhandlungen“ verhandelt, dass es im Gegenzug zu einer Aufteilung des Gazastreifens zu keinen weiteren Annexionen im Westjordanland kommt. Während des Besuchs von US-Außenminister Rubio und Vize JD Vance schossen sie scharf gegen zwei Gesetzesvorlagen, die Siedlungs- und Annexionspläne des Westjordanlands voranbringen sollen. In den Vorlagen heißt es, dass „israelische Souveränität in Judäa und Samaria“ ausgeweitet werden soll. Damit sollen die Gesetze, das Justizsystem, die Verwaltung und die Souveränität auf alle Siedlungsgebiete im Westjordanland angewandt werden.

Auf der einen Seite wird also der der Einfluss ausgeweitet und ein lukratives Geschäft durch z.B. den Wiederaufbau in Gaza gewittert, auf der anderen Seite wird der Verbündete zu ein bisschen Zurückhaltung gedrängt. Das bedeutet jedoch noch lange keine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser, denn es ist trotz leerer Floskeln kein palästinensischer Staat, in dem das Volk über sein Schicksal entscheiden kann, in Sicht. Solange die Palästinenser aber nicht über ihre eigene Zukunft entscheiden können, sich alle fremden Mächte zurückziehen, die Besatzungspolitik und das Apartheidsregime enden, kann es kein freies Palästina und keinen anhaltenden Frieden geben.

Was will Deutschland?

Auf dem sogenannten Friedensgipfel zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes sind 20 große Regierungschefs und Kapitalvertreter auf Einladung des ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi zusammengekommen. Auffällig ist, dass sowohl die Hamas als auch Israel nicht anwesend waren. Auch die deutsche Regierung wurde zu der Zeremonie, die die Einflussnahme fremder Mächte im Gazastreifen zementierte, eingeladen und war vor Ort. Merz bedankte sich in Sharm el Sheikh bei den USA, Ägypten, Katar und der Türkei, dass sie dieses Friedensabkommen in die Wege leiteten und betonte die Absicht Deutschlands, seinen Beitrag für einen dauerhaften Frieden zu leisten. Einen Beitrag zum Frieden leisten heißt, seinen Beitrag zum Wiederaufbau liefern. Die deutsche Entwicklungsministerin dazu: „Deutschland steht für den Wiederaufbau bereit, dazu bin ich auch mit den Partnern anderer Regierungen, insbesondere der EU und den G7-Staaten und internationalen Organisationen wie der Weltbank in Gesprächen.“ Dabei ist der Wiederaufbau keine uneigen-

„Bis Gerechtigkeit wie Wasser fließt
und das Recht wie ein mächtiger Strom“
Graffiti an der Grenzmauer zum besetzten Westjordanland

UNTIL JUSTICE ROLLS LIKE WATER
AND RIGHTEOUSNESS LIKE A MIGHTY STREAM

THEY W
NOT F
US, TH
ST
DEGRAD
THEY W
CONTR
WE WILL
VIO

nützige Sache, sondern eine Möglichkeit für privates Kapital, Einfluss in Gaza zu nehmen und Profite zu machen. Radovan dazu: "Ohne privates Kapital wird es nicht gehen. Beim Wiederaufbau von Gaza, Syrien oder der Ukraine sind Summen nötig, die wir aus öffentlichen Haushalten allein nie stemmen können." In diesem Zusammenhang richten Deutschland und Ägypten eine Wiederaufbau-Konferenz ein, die in den nächsten Wochen stattfinden soll. 81 Prozent der Gebäude sind in Gaza zerstört worden. Das bedeutet, das internationale Finanzkapital hat freies Feld, in den Wiederaufbau dieser Gebäude zu investieren. Dieses freie Feld soll auch politisch umrahmt werden. Wadephul dazu: "Wir brauchen einen rechtlichen Rahmen für all das, was jetzt im Gazastreifen stattfindet." Abhilfe soll ein UN-Mandat schaffen. Blick man in die Vergangenheit Palästinas ist das nicht das erste Mal, dass fremde Mächte ein Mandat über Palästina besaßen. Auch Deutschland rückt nicht von Israels Seite und beteuert seine Hilfe mit der Staatsräson: "Deutschland hat eine Vielzahl von Gründen, den Wiederaufbau Gazas mitzugestalten: Migrationspolitisch, sicherheitspolitisch, humanitär. Und nicht zuletzt aus Gründen der Staatsräson." Zwar haben deutsche Politiker in den letzten Monaten durch zunehmenden internationalen und nationalen Druck Israel vorsichtig kritisiert, doch wird in Ägypten klar, dass sie nicht von der Staatsräson und der bedingungslosen Unterstützung Israels ablassen. Stattdessen stellte der Kanzler in Aussicht, das Teilembargo für Waffenlieferungen

wieder aufzuheben. Israel ist und bleibt nicht nur für Deutschland ein wichtiger Anker, um Einfluss im Nahen Osten zu nehmen, sondern Israel ist auch ein wichtiger Handelspartner Deutschlands. Aus dem Finanzministerium heißt es dazu: "Die deutsche Exportwirtschaft konnte 2024 ihre Position als drittgrößter Lieferant auf dem israelischen Markt behaupten." Sowohl Deutschland als auch die EU fordern einen Platz in dem geplanten Gremium zur Überwachung (Friedensrat). Kaja Kallas, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, äußerte sich wie folgt: "Wir sind in der Tat der Auffassung, dass Europa eine wichtige Rolle zu spielen hat und dass wir Teil davon sein sollten." Die EU, die zunehmend aggressiver auftritt und neben den USA und China Machtansprüche stellt, um in der Neuaufteilung der Welt mitzuspielen, will durch einen Platz im Friedensrat ihren Einfluss in der Region ausbauen.

Zu den Annexionsplänen heißt es aus dem Außenministerium: „Die am Mittwoch erfolgten Abstimmungen in einer vorbereitenden Lesung der Knesset über Gesetzesentwürfe zur Annexion von Teilen des Westjordanlandes weisen in eine Richtung, die wir für grundfalsch halten. Wir sprechen uns klar gegen Handlungen aus, die die Zweistaatenlösung unterminieren, wie den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau, die zunehmende Siedlergewalt sowie jegliche Annexionsüberlegungen.“ Dennoch schickt Deutschland Stabsoffiziere in das US-geführte Civil Military Coordination Centre (CMCC), das im Süden Israels aufgebaut wurde, um den „Friedensplan“ umzusetzen.

Freiheit für das palästinensische Volk!

Der Friedensplan, der über die Köpfe des palästinensischen Volks hinweg entschieden worden ist, lässt zunächst hoffen, dass das unmittelbare Leid und das Sterben ein Ende nehmen. Dabei darf auch keinesfalls der internationale Druck durch Massenproteste und Generalstreiks außer Acht gelassen werden, die den Entscheidungsspielraum für Washington und Tel Aviv einschränken und die Imperialisten in Bedrängnis brachten, eine gesichtswahrende Lösung zu finden. Das bedeutet aber nicht, dass sie den Frieden gebracht haben, im Gegenteil: Es beweist die Rücksichtslosigkeit. Washington kann vom Genozid zur Riviera springen und sich gleichzeitig noch als Friedensbringer feiern. Wenn es einen Friedensbringer gab, dann war es die internationale Solidarität!

Es kann jedoch keinen wirklichen Frieden ohne einen eigenständigen, freien palästinensischen Staat geben. Erst wenn sich alle fremden Mächte zurückziehen und nicht aufgrund geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen über das palästinensische Volk verwalten, können die Palästinenser ihren eigenen Weg einschlagen und sich befreien. Der jetzige Friedensplan sieht vorerst Frieden und Stabilität für Israel und seine Verbündeten vor, um die Region zu kontrollieren. Wir stehen an der Seite des palästinensischen Volks, halten das Selbstbestimmungsrecht der Völker hoch und fordern alle fremden Mächte auf, sich aus der Region zurückzuziehen.

Seit 44 Monaten Blutzoll

Was bedeuten die jüngsten Verhandlungen um die Ukraine -
Waffenstillstand oder Verlängerung?

Eigentlich wollte US-Präsident Donald Trump den Ukraine-Krieg binnen 24 Stunden nach Amtsantritt im Januar beenden. Anstelle des versprochenen, aber nicht umgesetzten Zauberstücks kam es zumindest zu einem Treffen zwischen Trump und Präsident Putin in Alaska im August. Es sollte nun zu einem weiteren Treffen zwischen den beiden kommen. Trump sagte das Treffen jedoch ab und verhängte am Mittwoch Sanktionen gegen Russland: ganz zur Freude deutscher Politiker. Die größten russischen Ölproduzenten Lukoil und Rosneft sind von den Sanktionen betroffen, die Wirkung bleibt jedoch fragwürdig. Ob sie den Ölpreis für russische Exporte spürbar nach unten drücken würden, ist unklar. Russland verschifft über Umwege wie bspw. Indien weiterhin

Öl. Die Vertreter aus der EU wollten sogar noch einen Schritt weitergehen: Beim EU-Gipfel am letzten Freitag diskutierte man über die Nutzung eingefrorener russischer Vermögenswerte (Russian Assets) zur Finanzierung der Ukraine. Die EU konnte sich jedoch, auch aufgrund von Gegenstimmen wie aus Belgien, nicht auf ein solches Vorhaben einigen. Der Zugriff auf Gelder der russischen Zentralbank könnte das „Vertrauen“ von internationalem Kapital erschüttern und womöglich den Euro schwächen. Einzig beschlossen bleibt die Garantie an die Ukraine, diese bis einschließlich 2027 finanziell und militärisch am Leben zu erhalten. Rund 140 Milliarden Euro möchte die EU dafür bereitstellen, denn bereits im nächsten Jahr könnte laut IWF eine Finanzkrise in der Ukraine drohen.



Verfahrenere Lage seit mehr als 2 Jahren

Washington und Moskau sind zum gleichzeitigen Schluss gelangt, dass ein Waffenstillstandsabkommen die vorteilhafteste aller derzeitigen Optionen ist. Betrachtet man die letzten 44 Monate Krieg in einem Zeitraffer und dazu noch zusätzlich die letzten 24 Monate, so gleicht die Kriegsentwicklung mehr einem Stellungskrieg als einer sich ständig dynamisch verändernden Situation, in welcher Waffenlieferungen und jener Sanktionsbeschluss an der Ausgangslage grundlegend etwas ändern könnte. Die von Trump kürzlich abgesagten Tomahawk-Lieferungen an die Ukraine drücken diese Konsequenz aus. Anstelle einer militärischen Eskalation mit Raketen, die weit hinter die russische Grenze abgefeuert werden könnten, treten die milderen Sanktionen gegen Lukoil und Rosneft. Man will den Druck und Einsatz erhöhen, um ein Abkommen zu erreichen, ohne über das Ziel hinauszuschießen. Nur die Details eines solchen Abkommens bleiben umstritten. Selbst wenn Moskau bereit wäre, so müsste auch Washington bereit sein; und umgekehrt. Die Verhängung der US-Sanktionen gegen Russland bei parallelen Gesprächen mit dem russischen Sonderbeauftragten Dmitriev in Washington, der Verschärfung der Bombardements gegen ukrainische Infrastruktur und der teilweise Rückeroberung ukrainischer Ortschaften wie Torske könnten zu der von Putin vermuteten „diplomatischen Lösung“ führen oder zumindest den Raum der Ausflüchte verengen, indem diese Maßnahmen die Lage zuspitzen.

Die Frage stellt sich schon lange nicht mehr, inwiefern die Ukraine Territorien zurückerobern oder bei entsprechendem Abkommen zurückverlangen könnte. Die eigentliche Frage ist, ob die Parteien in Bezug auf den Status Quo des Frontverlaufs in Verhandlungen treten. Moskau hatte sich bislang geweigert. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es die gesamte Donbass-Region beansprucht und momentan Luhansk und Donezk nicht vollständig besetzt hält.

Grenzziehung ist für Großmächte entscheidend

Die Kontrolle über die beiden Regionen ist nicht zuletzt aufgrund großer Vorkommen von seltenen Erden strategisch wichtig. Trump hat dieses Jahr bereits einen Rohstoff-Deal mit der Ukraine vereinbart, um den USA einen Teil vom Kuchen abzusichern. Die bürgerliche Presse hat Trump für diese Weitsicht gelobt und der EU Zögerlichkeit vorgeworfen. Vergessen wird in diesem Zusammenhang, dass die EU bereits vor dem Krieg im Jahr 2021 mit der Ukraine eine strategische Partnerschaft über ihre Rohstoffvorkommen unterzeichnete. Auch für die EU ist der nach einem möglichen Abkommen endgültige Frontverlauf nicht unerheblich.

Die vollständige Abtretung der Donbass-Region an Russland birgt gleichzeitig auch militärische Probleme. Die aus dem Kriegsverlauf entstandenen Verteidigungsanlagen auf diesem Gebiet wä-

ren so schlagartig auf russischem Gebiet. In der allgemeinen EU-Kriegsvorbereitung gegen Russland wäre dies ein herber Rückschlag. Aber allein der verfallene Zugriff auf Grund und Boden der Donbass-Region und das vollständige Abtreten ihrer Schwerindustrie im Osten an Russland sind Gründe den russischen Maximalforderungen nicht ohne weiteres zuzustimmen. Für die EU bzw. ihre nationalen Kapitale wäre daher die vollständige ukrainische Abtretung der Donbass-Region an Russland suboptimal. Die EU hat sich deshalb Anfang dieser Woche hinter die Trump-Forderung des Status-Quo gestellt. Ohnehin scheinen sich Washington und Brüssel in ihren Interessen in Bezug auf die Ukraine wieder anzunähern. Der Druck seitens EU, Deutschland, Frankreich und Co. auf Trump, bei den Gesprächen mit Selenskyj ein Wörtchen mitreden zu wollen, aber auch die eigenständigere finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine, haben auch für Washington den Spielraum zumindest teilweise verengt.

Schicksal der Ukraine liegt nicht beim ukrainischen Volk

Brüssel hatte erst vor kurzem bekannt gegeben, mit der Ukraine an einem 12-Punkte-Plan zur Umsetzung eines Friedens zu arbeiten. Dieser Plan ist ganz nach dem Vorbild des Trumpschen 20-Punkte-Plans zu verstehen. Auch in der europäischen Version soll ein sogenanntes Board zur Kontrolle des Friedens eingerichtet werden. Vorsitzender des Gremiums soll in diesem Fall Donald Trump sein. Die Möglichkeiten einer solchen Umsetzung sind jedoch gering. Gegenüber den Planenden sitzt nicht die Hamas, sondern die Atommacht Russland. Eines lässt sich mit Gewissheit vorwegnehmen. Die Ukraine, oder besser das ukrainische Volk hat 44 Monate Blutzoll für ihre eigene Unfreiheit geleistet. Nicht nur ist es die Besatzung der russischen Streitkräfte, die diese Gefangenschaft forciert. Alle äußeren Mächte, darunter auch die deutsche Bundesregierung sind nicht an der Freiheit des ukrainischen Volkes und seinem Wohlergehen interessiert. Sie sind an der Freiheit interessiert, ihren eigenen wirtschaftlichen und militärischen Interessen nachzugehen. Die anhaltende Hochrüstung der Ukraine bedeutet im Falle eines großen NATO-Krieges gegen Russland, dass das ukrainische Volk ihr bisheriges blutiges Schicksal weiterführen wird. Und doch formiert sich auch unter den breiteren Massen in der Ukraine Widerstand gegen die Selenskyj-Regierung, wenn auch nur unter innenpolitischen Vorzeichen. Ein Waffenstillstand würde zumindest kurzfristig dem sinnlosen Schlachten ein Ende setzen.

Die Frage stellt sich schon lange nicht mehr, inwiefern die Ukraine Territorien zurückerobern oder bei entsprechendem Abkommen zurückverlangen könnte.

Infrastruktur?

NUR FÜR DEN KRIEG!



Anfang des Jahres wurde das Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur und Klimaneutralität von der Bundesregierung veranlasst. Dabei geht es um die Sanierung der deutschen Infrastruktur, insbesondere der Bahnstrecken und Autobahnbrücken, in den nächsten zwölf Jahren.

In der Baubranche reiben sich die Chefs der großen Firmen schon die Hände, denn das Sondervermögen bedeutet für sie Aufträge ohne Ende. Und ihnen kann es gar nicht schnell genug gehen. Die Arbeitgeberverbände, aber auch die Führungsebene der IG BAU drängen bereits auf eine schnellere und konsequentere Durchsetzung des Sondervermögens und nicht nur leere Investitionsversprechen.

Denn die bürokratischen Strukturen in Deutschland sorgen dafür, dass das Geld nur langsam an die Auftraggeber der Baustellen und danach an die Baufirmen fließt. Um dem Drängen aus der Wirtschaft in alter SPD-Manier nachzukommen, setzt Finanzminister Lars Klingbeil in Zukunft ein Gremium mit Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaft ein: Den sogenannten Investitions- und Innovationsbeirat. Denn Klingbeil hat mit dem Sondervermögen das größte Budget eines Finanzministers in Deutschland jemals und damit dieses in der Umsetzung nicht an Bürokratie, Auftragslage oder Fachkräftemangel scheitert, wird jetzt dieses Gremium installiert.

Schon jetzt ist der Bau von öffentlicher Infrastruktur die lukrativste Sparte für Baufirmen. Öffentliche Auftraggeber wie Deutsche Bahn oder die Länder zahlen gut, die Aufträge sind umfangreich und genug zu tun gibt es allemal. Der große Umfang und die technische Komplexität der Bauvorhaben sowie die schier unendliche Menge an Vorschriften und Normen treiben die Preise in die Höhe. Als Folge dessen reduzieren immer mehr Firmen ihr Engagement im Häuser- und Wohnungsbau deutlich - einige Baufirmen haben bereits ihre kompletten Hochbau-Kolonnen entlassen und konzentrieren sich jetzt auf Tiefbau und Spezialtiefbau sowie Wasser-, Brücken-, Gleis- und Straßenbau.

Und es gibt einiges zu tun: Marode Brücken, der besorgniserregende Zustand deutscher Straßen, aber insbesondere auch ein kaputtgespartes deutsches Schienennetz. Dieses zu sanieren und zu erweitern wird wohl bis 2036 dauern. Hierbei sind natürlich gewisse Bahnkorridore wichtiger als andere. Die Strecke zwischen Hamburg und Berlin hat zum Beispiel, als eine der Hauptverkehrsachsen von West nach Ost, mit die höchste Priorität. Die Aufarbeitung und Modernisierung der Gleise, Weichen, Oberleitungen und Brücken dieses Hochleistungskorridores, wie ihn die Deutsche Bahn beschreibt, benötigt nach aktuellem Stand einen Kostenaufwand von 2,2 Mil-

liarden Euro. Kritische Stimmen sind jedoch der Auffassung, die Bahn würde bei dieser Kalkulation eher großzügig rechnen.

„Vor allem zivile“ Zwecke?

Wenn Stimmen der CDU in der Hamburger Bürgerschaft jetzt von der Sanierung von „Brücken, über die auch Panzer rollen können“ sprechen, stellt sich einem die Frage, ob es bei diesem Sondervermögen überhaupt um die Aufbesserung der „zivilen“ Infrastruktur geht. Oder warum wird ausgerechnet eine Strecke von Westen nach Osten über andere Strecken priorisiert?

Dass die Strecke vor allem für den Krieg eine strategisch wichtige Funktion hat, zeigt sich am Manöver „Red Storm Bravo“, das derzeit in Hamburg stattfindet und das sich in eine Vielzahl vorausgegangener NATO-Übungen in Richtung Ostflanke einreihet. Bei dieser Übung geht es darum, wie man ganz offen auf der Website der Bundeswehr nachlesen kann, ein Szenario nachzustellen, bei dem große Mengen internationaler NATO-Truppen mit all ihrer Ausrüstung, Waffensystemen, Maschinen und Fahrzeugen aus dem Hamburger Hafen schnellstmöglich von den Schiffen entladen, durch die Stadt gebracht und auf Schienen und Straßen an die NATO-Ostflanke befördert werden.

Denn Deutschland und insbesondere Hamburg sollen in Zukunft als Drehkreuz der NATO dienen. Hierbei bringt die zentrale Lage in Europa und der Anschluss über die Elbe zur Nordsee Hamburg in eine strategisch wichtige Position. Jetzt fehlt nur noch die perfekt sanierte und auf die Bedürfnisse der NATO zugeschnittene Ostanbindung, an der die Bahn gerade so fleißig arbeitet und die von dem 500 Milliarden Sondervermögen, für „vor allem zivile“ Infrastruktur finanziert wird.

Wir sehen also: Alle Bereiche der Gesellschaft werden auf den Krieg vorbereitet und eine Sanierung der Infrastruktur gibt es nur dort, wo sie dem Ziel der „Kriegstüchtigkeit“ dient. Am Ende sind es wir, die auf kompletter Länge für die Kriege bezahlen, mit unseren Steuergeldern, aber in letzter Instanz auch mit unserem Leben und dem unserer Kinder. Die Profiteure sitzen oben in den Chefetagen der großen Firmen und freuen sich schon auf gute Geschäfte.

Investitionen in Infrastruktur und unsere Sicherheit sind sehr gut

und wichtig, aber welche? Wichtiger wäre es, die Straßen und den öffentlichen Nah- und Fernverkehr auf dem Land und auch in den Städten auszubauen. Oder die Gebäude unserer Schulen, für die derzeit 55 Milliarden Euro fehlen. Ausbildungsstätten und Universitäten modernisieren, den Investitionsstau von 13 Milliarden Euro bei den Kitas beheben oder die Finanzierungslücke in Höhe von zwei Milliarden Euro bei den gesetzlichen Krankenkassen schließen – das sind nützliche und längst überfällige Investitionen für unsere Infrastruktur und Sicherheit. Denn was bedeutet „Sicherheit“ für die arbeitende Bevölkerung? Etwa „Konkurrenzfähigkeit“, „Kriegstüchtigkeit“ oder „neue deutsche Führungsrolle“? Im Gegenteil. Sicherheit bedeutet für uns, wenn wir ein ruhiges, selbstbestimmtes, sorgenfreies Leben ohne finanzielle Zwänge führen können und alle gemeinsam dazu beitragen, den Fortschritt der Gesellschaft voranzutreiben. Nicht, wenn wir für die Profitinteressen von großen Firmen und ihrer Lakaaien in wichtigen Regierungspositionen unsere Gesellschaft militarisieren, die Bundeswehr bis an die Zähne bewaffnen und uns darauf vorbereiten lassen, in den Osten zu ziehen.

Denn genau das ist es, was durch das 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur erreicht werden soll. Michael Voigtländer - Immobilienökonom vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft – spricht von der Gefahr, dass zugunsten des Ausbaus von militärisch-nützlicher Infrastruktur „Kapazitäten aus dem Wohnungsbau abgezogen werden“ könnten. Doch längst ist diese Gefahr Realität geworden. Große Bauunternehmen satten um. So auch das Immobilienunternehmen Otto Wulff aus Hamburg, dass erst im letzten Jahr 50 Arbeiter aus der Hochbau-Sparte (also vor allem Wohnungsbau) entließ und seinen Schwerpunkt nun in Richtung (Spezial-) Tiefbau verschiebt, gelockt von den Milliardenbeträgen des Infrastruktur-Sondervermögens. Doch Otto Wulff ist kein Einzelfall. In vielen Bauunternehmen findet derzeit eine solche Entwicklung statt – unter Bauarbeitern ein offenes Geheimnis. In der Baubranche ist allen längst klar, worüber in der Öffentlichkeit noch gemutmaßt wird: Das Geld des Infrastruktur-Sondervermögens wird nicht in sozialen Wohnraum oder den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs investiert. Es wird bereitgestellt für die Versorgungslinien einer kommenden NATO-Ostfront. Die Verlegung von Kriegsgerät aus dem Herzen Europas oder von der Nordseeküste aus in Richtung Russland. Währenddessen erreicht die Zahl der Sozialwohnung mit

gerade einmal 1 Million in ganz Deutschland einen neuen Tiefstand. Dem gegenüber stehen 5,6 Millionen Deutsche, die derzeit Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Diese Kluft wird durch die Politik der Bundesregierung weiter vertieft. Firmen satteln um, denn sie jagen dem Geld nach. Und das steckt die Bundesregierung derzeit in Kriegsvorbereitungen und nicht in die Grundversorgung der Bevölkerung.

Um diesem Kurs der Kriegsvorbereitungen entgegenzutreten, ist es nötig, die politischen Entscheidungen wie beispielsweise das Infrastruktur-Sondervermögen kritisch zu diskutieren und die tatsächlichen Hintergründe dieser Politik zu beleuchten. Insbesondere in den Bereichen, in denen die Auswirkungen dieser politischen Maßnahmen für die Arbeiterinnen und Arbeiter spürbar werden.

Während das Infrastruktur-Sondervermögen nicht nur in den Chefetagen der großen Bauunternehmen für Euphorie sorgt, sondern auch viele Kolleginnen und Kollegen Hoffnungen auf nachhaltig sichere Arbeitsplätze aus den bereitgestellten 500 Milliarden Euro schöpfen, vermehren sich gleichzeitig die Diskussionen an der BAU-Basis rund um die Friedensfrage und den Kriegskurs der Regierung. Mancherorts werden Arbeitskreise zum Thema „Frieden“ durch Kolleginnen und Kollegen wiederbelebt, in vielen lokalen Gremien finden rege Diskussionen dazu statt, was die Möglichkeit einer breiteren Überschneidung zwischen Gewerkschafts- und Friedensbewegung greifbarer werden lässt. Diese Impulse gilt es in Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft zu stärken und zu vermehren. Nur so lässt sich dem Kriegskurs der Regierung etwas entgegensetzen.

Auch viele Kolleginnen und Kollegen schöpfen Hoffnungen auf nachhaltig sichere Arbeitsplätze aus den bereitgestellten 500 Milliarden Euro. Gleichzeitig vermehren sich die Diskussionen an der BAU-Basis rund um die Friedensfrage und den Kriegskurs der Regierung.

Tarifrunde der Länder Kampf gegen den Sparkurs

Bei den Gewerkschaften GEW und ver.di laufen bis Ende Oktober die Mitgliederbefragungen, in der sich Beschäftigte und Beamte der Länder beteiligen können. Auch die Initiative TV-Stud, die für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte kämpft, führt Befragungen in diesem Rahmen durch. Die Ergebnisse sollen die Grundlage bilden für die Forderungen der Gewerkschaften, die am 17. November vorgestellt werden sollen. Obwohl die Arbeitgeberseite, der Tarifgemeinschaft deutscher

Unter dem Vorwand knapper Kassen und im Schatten der milliarden-schweren Aufrüstung sollen die Beschäftigten erneut mit schlechten Ergebnissen abgespeist werden – doch es gibt Bewegung.

Länder, sich noch nicht zu Wort gemeldet hat, ist davon auszugehen, dass inmitten des „Herbst der Reformen“ unter Vorwand der „schwierigen finanziellen Lage der Länder“ die Beschäftigten mit schlechten Ergebnissen abgespeist werden sollen. Denn die Haushaltskürzungen, die die Bundesregierung zugunsten der hunderte-Milliarden-schweren Aufrüstung durchführen möchte, stehen zweifellos im Widerspruch zu den dringend benötigten Entlastungen und Lohnerhöhungen für die Angestellten der Länder.

Die am 3. Dezember beginnenden Tarifverhandlungen betreffen rund 2,5 Millionen Beschäftigte in 15 Bundesländern in Deutschland und umfassen Bereiche wie

Schulen, Hochschulen und Verwaltung.

Da die Arbeitgeberseite die Arbeitgebervereinigung der Bundesländer ist, stehen die Forderungen der öffentlich Beschäftigten immer in direktem Zusammenhang mit den öffentlichen Haushalten, so auch bei der Tarifrunde der Länder. Bereits die letzte Tarifrunde 2023 wurde mit den Worten „Guter Kompromiss in schwieriger Zeit“ beendet. Zur Erinnerung: Es wurde unter anderem die Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5%, mindestens aber um 500 Euro gefordert. Der Arbeitgeberverband sprach hierbei davon, dass dies „keinerlei Rücksicht auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Länder“ nehme und „in der Summe daher nicht akzeptabel“ sei. Und berief sich darauf, dass „gerade in Krisenzeiten (...) der

öffentliche Dienst ein guter und sicherer Arbeitgeber“ sei. Während in Deutschland zehntausende Stellen gestrichen werden und das Bürgergeld abschafft wird, treiben solche Aussagen die Beschäftigten immer weiter in die Enge und sind ganz nach dem Motto „friss oder stirb“.

Davon, dass die Beschäftigten bereits heute die jahrzehntelange Sparpolitik und Sozialkürzungen am eigenen Leib spüren und sich mit immer prekäreren Arbeitsbedingungen konfrontiert sehen, will der Arbeitgeber ablenken. Denn sie sind es, die in den maroden Schulen, veralteten Verwaltungen und unterfinanzierten Krankenhäusern und Kitas arbeiten und mit Überstunden, Stress, Burnout und Reallohnverlust den Preis für diese Politik zahlen.

Die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst zu Beginn des Jahres hat bereits eindrücklich gezeigt, welchen Kurs die Politik gegenüber den Problemen der Beschäftigten einschlägt. Statt der geforderten Entlastung durch weitere Urlaubstage und Arbeitszeitverkürzung bekamen die ÖD-Beschäftigten eine Anhebung der wöchentlichen

Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden unter dem Deckmantel der Flexibilisierung aufgebürdet. Auf Überlastung durch Personalmangel, ob in Behörde, Schule, Krankenhaus oder Kita, reagiert der Staat mit der Verlängerung der Arbeitszeit. Die Debatten darüber, dass Renteneintrittsalter anzuheben und den 8-stündigen Arbeitstag abzuschaffen, schlagen dabei in

die gleiche Kerbe. Während viele öffentlich Beschäftigte in ihren Jobs auf dem Zahnfleisch gehen, verschärft der Staat die Angriffe auf die Beschäftigten.

Im Rahmen der TV-L ist auch die Initiative TVStud aktiv, die für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte kämpft. Hierauf sollte an den Hochschulen ein besonderes Augenmerk gelegt werden, denn die Unterfinanzierung der Lehre und die schlechten Studienbedingungen sind Resultat der gleichen Ursachen. Studentische Mitarbeiter werden als billige Arbeitskräfte in der Lehre ausgenutzt und prekär beschäftigt - oft mit kurzen, befristeten Verträgen, hohen Überstunden und schlechter Bezahlung. Gleichzeitig wird auch in den Ländern in der Bildung immer mehr gespart:

Sei es in Hessen, wo mit dem Hochschulpakt ein Finanzierungsloch von beinahe einer Milliarde Euro droht oder in Hamburg, wo in jeder Fakultät 4,5% eingespart werden müssen und der Semesterbeitrag um 40€ erhöht wurde. Von diesen Kürzungen ist von universitären Mittelbau über die studentischen Beschäftigten bis hin zu den Studierenden so gut wie jede Person an der Uni betroffen. Der sich nun regende Widerstand gegen die Sparpolitik ist deshalb unabdingbar. In Hessen riefen GEW und ver.di gemeinsam mit den Interessensvertretungen der Studierenden zu den Protesten auf und brachten Forderungen für mehr Geld in die Bildung, statt für die Aufrüstung auf die Straße.

Denn mit der Unterfinanzierung der Unis und Hochschulen und fehlenden Zivilklauseln, findet unter dem Dual-Use-Prinzip die Bundeswehr und die Forschung für Militär und Rüstung immer mehr Einzug in Bildungseinrichtungen. Auch in Hamburg bildet sich durch die 4,5% - Kürzungen Widerstand an der Universität. Neben dem AstA und den Fachschaftsräten, die aus ihrem Fachbereich über die konkreten Auswirkungen

gen der Kürzungen Bescheid wissen und die Interessen ihrer Fachschaft vertreten, gibt es politische Vereine und Initiativen sowie TVStud, die sich am Kampf gegen die Kürzungen beteiligen. Auch sollte es angestrebt werden, den Mittelbau sowie nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter der Unis für diesen Kampf zu gewinnen. Denn mit jeder organisierten Fachschaft, jedem Mitarbeiter in der Bibliothek oder Café, jedem Dozierenden, jedem studentischen Beschäftigten, der sich an den Protesten beteiligt, jeder Diskussion im StuPa, bei der die Kürzungen thematisiert werden, wird geschlossen gezeigt, wie breit die Forderungen nach einer ausfinanzierten Lehre, einem bezahlbaren Studium und einem Tarifvertrag geteilt und verteidigt werden.

Die weitreichenden Kürzungen von Sozialleistungen und die bevorstehenden Angriffe auf die Arbeitsbedingungen der öffentlich Beschäftigten sind die direkte Konsequenz aus der rasanten Aufrüstung Deutschlands. Denn das Ziel der Bundesregierung, in Zukunft 5% des BIPs für die Kriegstüchtigkeit Deutschlands auszugeben, bedeutet übersetzt, dass über 220 Milliarden Euro jährlich – also beinahe der halbe Bundeshaushalt – in die Bundeswehr und kriegswichtige Infrastruktur fließen sollen. Einen Teil dieser Summe versucht der Staat also durch Einsparungen zu erreichen und einen weiteren Teil wird er bei der anstehenden Tarifrunde der Länder versuchen den Beschäftigten abzutrotzen, beispielsweise durch die Anhebung der Arbeitszeit, wie bei der Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Den Beschäftigten sowie den Studierenden muss also klar sein, dass sie ihre Forderungen nicht nur entgegen des Sparkurses erheben und durchsetzen müssen, sondern dass ihre Forderungen auch in einem grundsätzlichen Widerspruch zur deutschen Kriegstüchtigkeit stehen und darum muss sich auf besonders erbitterten Widerstand der Arbeitgeberseite eingestellt werden.

Statt der geforderten Entlastung bekamen die Beschäftigten im ÖD eine Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden unter dem Deckmantel der Flexibilisierung aufgebürdet.



Chemie-Tarifrunde

ATEMPAUSE FÜR WEN?

In der chemisch-pharmazeutischen Industrie, der drittgrößten Branche in Deutschland nach Umsatz, stehen 2026 Tarifverhandlungen an. Während die IGBCE demnächst mit ihrer Forderungsfindung beginnt, hat die Kapitalsseite über den Bundesarbeitgeberverband Chemie bereits die Verhandlungen mit ihrer Forderung nach einer „Atempause jetzt!“ gestartet.

Sie stellt fest, dass „gegenüber 2018 die Produktion bei Chemie und Pharma um 15 % eingebrochen“ ist, und sieht als Gründe „schwache Nachfrage, hohe Energiekosten, Unsicherheiten über US Zölle sowie ausufernde Bürokratie“, aber natürlich auch „hohe Kosten für Arbeit“, die die Chemie-Branche in einen „kritischen Zustand“ gebracht hätten; sie sind sich nicht einmal zu schade, zu behaupten, die Branche stehe „unter existenziellem Druck“, weshalb „die Sozialpartner Verantwortung übernehmen“ müssten. Die Lage führe nämlich „zu einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen in der chemischen Industrie“.

Als Lösung sieht die Kapitalsseite „mehr Produktivität, statt steigende Entgelte“ und stellt nochmal klar: „Es gibt kein Wachstum. Es gibt keinen Aufschwung. Es gibt keinen Verteilungsspielraum. Im Gegenteil: Den Betrieben steckt die Entgelterhöhung um 4,85 Prozent vom April 2025 noch in den Knochen“. Damit nicht genug, behaupten die Chemiebosse: „Machen wir Arbeit noch teurer, verschärfen wir die Krise und stellen noch mehr gut bezahlte Arbeitsplätze ins Risiko“. Geht es nach den Darstellungen des deutschen Chemiekapitals, ist die Chemiebranche kurz vor dem Abgrund, ist kaum noch in der Lage, ihre Kosten zu decken, weshalb die nächste Tarifierhöhung das Ende der Chemiebranche in Deutschland besiegeln könne.

Doch ist dem so? Wer sich nicht zum ersten Mal in einer Tarifrunde befindet, kennt den Spruch, dass „ein Arbeitgeber, der nicht über die wirtschaftliche Lage klagt, kein guter Arbeitgeber“ ist. Dennoch wird die aktuelle Situation sicherlich auch die

tariferprobteren Kolleginnen und Kollegen ins Grübeln bringen, passen doch zu den Klageliedern des Chemiekapitals auch die Meldungen über die volkswirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland. Klarheit bringt ein Blick in die Zahlen des Verbands der Chemischen Industrie (VCI): Dass die Produktion gegenüber 2018 um 15 % zurückgegangen ist, ist richtig. Richtig ist aber auch, dass 2018 das produktionsstärkste Jahr seit 1995 war. Die Produktionszahlen von 2024 liegen ungefähr auf dem Stand von 2005 und zugleich oberhalb der Produktionszahlen vom Wirtschaftskrisenjahr 2009. Hinzukommt, dass die Produktion im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben ist, also nicht weiter abstürzt.

Dennoch, könnte man meinen, deutet ein Rückfall auf die Produktionszahlen von 2005 auf eine schlechte Lage hin. Doch allein der Blick auf die Produktionszahlen genügt nicht; schließlich produziert das Chemiekapital nicht der Produktion, sondern des Profits willen. So stieg der reine Umsatz seit 1998 kontinuierlich an, inflationsbereinigt ist er weitestgehend stabil und lag 2024 in etwa auf dem Niveau von 2020. Das von den Sprechern des Chemiekapitals gezeichnete Bild wird nicht nur noch weiter relativiert, sondern ins Gegenteil verkehrt, wenn wir die Arbeiter mit in unsere Betrachtungen einbeziehen, was die Chemiebosse tunlichst vermieden haben. Denn lag der Anteil der Entgelte am Umsatz 1994 noch bei fast 19 %, sind es heute nur noch 15,3 %. Von 1998 bis 2018 stieg die Produktivität um über 50 %, die Entgelte jedoch noch nicht einmal um 16 %. Und auch das war nicht von Dauer; denn seit 2019 sind die Reallöhne pro Chemiearbeiter um gut 6,5 % zurückgegangen.

Und wie sieht es bei dem anderen „Sozialpartner“ aus? Bei Betrachtung der Zahlen seit der Jahrtausendwende lässt sich kein Jahr finden, in dem die Branche keine Profite abgeworfen hat. Im Schnitt lag die Nettoumsatzrendite bei 7,2 %. Auch im Jahr 2022 noch – neuere Zahlen sind im VCI-Bericht nicht veröffentlicht – lag die Nettoumsatzrendite bei soliden 5,2 %. Der Jahresüberschuss der Konzerne wächst; der pro Arbeiter erzielte Jahresüberschuss wächst dabei sogar doppelt so stark.

„Die Analyse der aktuellen Lage ist“ also in der Tat „eindeutig“, jedoch nicht so, wie es die Chemiebosse behaupten. Es sind nicht die Konzerne, die eine „Atempause“ benötigen, sondern die Arbeiter. Insbesondere, nachdem die Industriegewerkschaften als „Sozialpartner“ „Verantwortung übernommen“ haben, indem sie sich im Interesse der Konzerne für den Brückensstrompreis eingesetzt haben, wodurch die Industrie – aber nicht die Haushalte – nun durch die Senkung der Stromsteuer die nächste Strompreissubvention durch die öffentliche Hand bekommt, wäre es Zeit, dass der andere „Sozialpartner“ nun „Verantwortung übernimmt“. Dass dieser sich für diesen Einsatz dadurch bedankt, dass er „mehr Produktivität, statt steigende Entgelte“ fordert, darf nicht nur den Chemie- und Pharmaarbeitern ein weiteres Beispiel dafür sein, wofür „Sozialpartnerschaft“ steht: Die Arbeiterinnen und Arbeiter vor den Karren des Kapitals zu spannen.

Deshalb sind die Chemie- und Pharmaarbeiter gut beraten, wenn sie nicht auf die Märchen der „Sozialpartnerschaft“ derer hören, die nur Klagelieder über ihre vermeintlich schlechte Lage anstimmen, jedoch über die seit sechs Jahren andauernden Reallohnkürzungen der Arbeiter kein Wort verlieren. Die Kolleginnen und Kollegen der Stahlindustrie haben den Fehler gemacht, auf diese „Partnerschaft“ zu setzen und wurden dafür mit weiteren Reallohnverlusten belohnt (siehe AZ vom Oktober 2025). Die Chemie- und Pharmaarbeiter haben die Chance, sich mit starken Forderungen gegen diesen Trend zu stemmen – und damit auch ihren Kolleginnen und Kollegen in der Metall- und Elektroindustrie Schützenhilfe zu leisten. Die Forderungsfindung beginnt ab November; doch die Diskussion in den Betrieben startet bereits. Lassen wir unsere Stimme nicht ungehört!

Der Jahresüberschuss der Konzerne wächst; der pro Arbeiter erzielte Jahresüberschuss wächst dabei sogar doppelt so stark.

Was uns der Kampf von // DEUTSCHE WOHNEN & CO ENTEIGNEN über den Kapitalismus sagt

Die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen (DWE) hat sich, nachdem es längere Zeit ruhiger um sie war, mit großen Plänen wieder zu Wort gemeldet.

Es soll ein neuer Anlauf zur Vergesellschaftung der großen Berliner Wohnungsunternehmen genommen werden. Die Geschichte des Kampfes der Initiative sagt nicht nur viel über die Berliner Regierung, sondern auch über die Logik des Kapitalismus als Ganzes.

Was bisher geschah...

Ziel des 2018 entstandenen Bündnisses Deutsche Wohnen & Co enteignen ist ein Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnungskonzerne. Die Wahl wurde (nachdem die nötigen Unterschriften zuvor weit überschritten worden waren) am 26. September 2021 abgehalten und 59,1 Prozent der wahlberechtigten Berliner stimmten für die Vergesellschaftung. Am selben Tag fand auch die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin statt, aus der eine Regierung aus SPD, Grünen und Linkspartei hervorging. Obwohl sich eine sehr deutliche Mehrheit der Wähler für die Vergesellschaftung aussprach, unternahm die neue Berliner Regierung nichts, um den Volksentscheid umzusetzen. Statt ein entsprechendes Gesetz zu erlassen und zu vollziehen, folgte auf eine Aktion zur Verschleppung und Verzögerung die nächste. Lediglich eine Expertenkommission wurde ins Leben gerufen, die erst einmal die Möglichkeit der Umsetzung einer Vergesellschaftung prüfen sollte. Dass die Kommission im Juni 2023 zu einem positiven Schluss kam, änderte nichts an der Blockade der mittlerweile aus CDU und SPD bestehenden Berliner Regierung. Daher entschied sich Deutsche Wohnen & Co enteignen, selbst einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, welcher nun vorliegt und über den im kommenden Jahr erneut per Volksentscheid abgestimmt werden soll. Im Unterschied zum ersten Volksentscheid soll das Gesetz bei Erreichen der Mehrheit der Stimmen sofort gültig sein.

Worum geht es bei dem Gesetz?

Das Gesetz sieht vor, dass Wohnungen von privaten Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin vergesellschaftet werden. Die Konzerne sollen jeweils 3.000 Wohnungen behalten können, vergesellschaftet wird also nur die Anzahl der Wohnungen, die über diesem Betrag liegen. Die Initiative geht davon aus, dass so 200.000 bis 220.000 Wohnungen von ca. zehn Unternehmen in eine neu zu errichtende Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) überführt werden können. Sie errechnet für Berlin einen

zusätzlichen Bedarf von derzeit ca. 590.000 bezahlbaren Wohnungen. Dieser ergibt sich aus der Differenz von 1,167 Millionen Haushalten mit Anspruch auf eine Sozialwohnung und einem Bestand von 577.000 als bezahlbar angesehenen Wohnungen (Sozialwohnungen, Wohnungen der landeseigenen Unternehmen und Genossenschaftswohnungen). Zumindest für die niedrigste Einkommensgruppe der Sozialwohnungsberechtigten könne durch die Vergesellschaftung laut der Initiative ein wesentlicher Teil des Bedarfs gedeckt werden. Klar ist aber: Auch nach der Vergesellschaftung würde somit immer noch ca. 370.000 bezahlbare Wohnungen fehlen.

Wohnungsfrage und Bodenfrage

Von umso größerer Bedeutung ist daher die Frage, wie sich die Vergesellschaftung auf den Berliner Mietmarkt insgesamt auswirken könnte. In Berlin gibt es knapp über 1,7 Millionen Mietwohnungen. Die Enteignung von 220.000 Wohnungen aus dem Besitz der größten Immobilienunternehmen betrifft also knapp 13 Prozent der Wohnungen insgesamt. Dazu kommt noch ein Anteil von ca. 30 Prozent bestehender staatlicher und genossenschaftlicher bzw. gemeinnütziger Wohnungen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass nach der angestrebten Vergesellschaftung noch immer über die Hälfte der Berliner Wohnungen in privatem Besitz verbleiben würden – in Händen von kleinen bis großen Immobilienunternehmen. Selbstnutzer sind aus dieser Rechnung ausgenommen. Hier zeigt sich eine besondere Eigenschaft des Wohnungsmarkts im Unterschied zu anderen Branchen. Obwohl die Monopolisierung des Wohnungsmarkts in Berlin im Vergleich mit anderen deutschen Städten mit am weitesten vorangeschritten ist, liegt sie weit hinter der anderer Branchen wie etwa der Automobilindustrie oder dem Lebensmittelhandel zurück, wo sich einige wenige Unternehmen den ganzen Markt untereinander aufgeteilt haben. Aus diesem Grund ist infrage zu stellen, inwiefern die extremen Mietsteigerungen des letzten Jahrzehnts tatsächlich in erster Linie auf das Handeln von großen Immobilienunternehmen zurückzuführen ist. Eine viel entscheidendere Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Grund und Boden. Dieser hat im Kapitalismus besondere Eigenschaften. Er ist erstens begrenzt und kann nicht ohne weiteres vermehrt werden, er ist zweitens überwiegend in privatem Besitz und wird entsprechend am Markt gehandelt und er ist drittens Voraussetzung für fast jede Produktion, was es seinen

Eigentümern erlaubt, ihn zu verpachten oder zu vermieten, also dafür eine Grundrente zu kassieren. Man spricht deshalb davon, dass die Klasse von Grundeigentümern insgesamt das Bodenmonopol innehat – nicht, weil einzelne eine besondere Monopolstellung einnehmen, sondern weil der gesamte unvermehrte Boden unter ihnen aufgeteilt ist. Das Bodenmonopol führt bei wachsenden Städten und einer steigenden Nachfrage nach Wohnraum so zwangsläufig zu steigenden Bodenpreisen. Zudem ist Boden insbesondere in Zeiten niedriger Zinsen eine attraktive Anlagemöglichkeit, sodass Spekulationen die Preise noch weiter in die Höhe treiben. Die Niedrigzinspolitik seit der Finanzkrise von 2008 hat diese Dynamik besonders angeheizt. Und so verdreifachten sich die durchschnittlichen Bodenpreise in Berlin seit 2000, in Hamburg haben sie sich in der gleichen Zeit mehr als verdoppelt und in Frankfurt a.M. haben sie sich um das Zweieinhalbfache gesteigert. Die Explosion der Bodenpreise in den großen Städten führen notwendigerweise zu steigenden Mieten, da der Vermieter neben den größeren Kosten durch eine steigende zu entrichtende Grundrente eben auch höhere Einnahmen entgegenstellen muss, um sich seinen Profit zu sichern bzw. bestrebt sind, sich die erhöhte Grundrente selbst als Profit zu sichern, wenn sie selbst auch Eigentümer des Grundstücks sind. Und so ist der private Grundbesitz insgesamt die Ursache für die unzureichenden und überbezahlten Wohnbedingungen, denen wir als Bewohner der Städte ausgesetzt sind. Für eine Lösung des Problems müsste also das private Eigentum an Grund und Boden prinzipiell angegangen werden.

Entschädigung: Wer hat hier was geleistet?

Auch für Deutsche Wohnen & Co enteignen ist der Bodenwert von großer Bedeutung, allerdings weniger in Kontext der Erklärung der Ursache für die Mietpreisentwicklung, sondern im Zusammenhang mit der im Gesetzesentwurf vorgesehenen Entschädigung der Immobilienunternehmen. „Unser Gesetz garantiert den Berliner Mieterinnen und Mietern bezahlbares Wohnen und sichert den Konzernen eine faire Entschädigungssumme“, heißt es dazu auf der genannten Pressekonferenz. Bei der Erläuterung was eine „faire Entschädigungssumme“ ist, werden jedoch zahlreiche weitere Fragen aufgeworfen. Die Initiative gibt an, nur „eigene Leistungen“ der Immobilienunternehmen entschädigen zu wollen. Deshalb soll nicht der aktuelle Bodenwert gezahlt werden, der durch Spekulationen sehr hoch ist, sondern ein hypothetischer Bodenwert, der auf den Bodenpreisen von 2013 mit einer angenommenen „normalen“ Wertsteigerung von 3,5 Prozent pro Jahr basiert. Warum eine Wertsteigerung in dieser Höhe normal ist oder diese geminderte Steigerung dann doch eine „eigene Leistung“ des Immobilienunternehmens darstellen soll, bleibt offen.

Die Ausführungen zum Gebäudesachwert enthalten weitere Widersprüche. Der Gebäudesachwert müsse voll entschädigt werden, „denn Bauen ist eine messbare Leistung, die dem Eigentümer zugerechnet wird.“ Doch werden Gebäude bzw. Wohnungen nicht im

Kapitalismus, genau wie andere Waren, von Arbeitern hergestellt? Es waren Maurer, Zimmerer, Architekten und Stahlbetonbauer, die durch die Veräußerung ihrer Arbeitskraft eine Leistung beim Bau der Berliner Wohnungen erbracht haben – nicht etwa die Eigentümer vom Vonovia-Konzern. Letztere sind lediglich durch ihr Kapital in der Lage, sich das fertige Produkt der Arbeit anzueignen. Dies stellt den Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft dar: Eine gesellschaftliche Produktion an der eben der Großteil der Gesellschaft beteiligt ist bei einer privaten Aneignung der Produkte durch eine kleine Klasse von Kapitalisten. Eine Enteignung der Berliner Wohnungen benötigt also keine Entschädigung der Unternehmen, denn sie ist lediglich die Korrektur einer bereits zuvor von den Kapitalisten betriebenen Enteignung des Produkts der Arbeit. Am Ende schätzt die Initiative die Entschädigungshöhe auf 8 bis 18 Milliarden Euro. Diese soll dann inklusive der Zinsen über einen Zeitraum von 100 Jahren von den Mietern der neu geschaffenen AöR gezahlt werden.

Die Widersprüche des Systems

Der Kampf um bezahlbaren Wohnraum zeigt an allen Ecken und Enden die Widersprüche des Kapitalismus als Ganzes. Natürlich sind die großen Wohnkonzerne und ihre Wucherpreise ein Problem. Doch das Privateigentum an Grund und Boden im Kapitalismus bringt an sich steigende Bodenpreise mit sich – unabhängig davon, ob große Immobilienkonzerne, kleine Eigennutzer oder sogar öffentliche Träger darauf bauen. Absurditäten wie leerstehender Wohnraum, vor dem Obdachlose schlafen, lassen sich nur erklären, wenn man versteht, dass es sich in diesem System für Grundeigentümer sogar mehr lohnen kann, eine Fläche einfach brachliegen zu lassen, als sie zu vermieten. Die Klasse der Grundeigentümer profitiert somit völlig ohne irgendeine Leistung von ihrem Eigentum. Wenn dann gebaut wird, sind es die Arbeiter, die Wohnraum schaffen, nur um in diesem Prozess einerseits durch Bauunternehmer ausgebeutet zu werden und dann im Nachhinein in denselben Wohnungen immer öfter über die Hälfte ihres Einkommens im Monat dafür zu zahlen, auf diesem Grund und Boden überhaupt leben zu dürfen. Wichtige Initiativen wie Deutsche Wohnen & Co enteignen, die zu Recht enorme Unterstützung in der Berliner Bevölkerung haben und einen gerechten Kampf für die Erfüllung der grundlegendsten Bedürfnisse führen, decken diesen Zustand auf. Sie zeigen aber auch, dass dieses System nicht einmal so einfache Forderungen, wie die nach einem Ort zum Leben, erfüllen kann.

Die Wohnungsnot wirft zahlreiche Probleme auf, die auf eine große Frage hinführen: Die Eigentumsfrage. Darum ist der konsequenteste Kampf für die Lösung der Wohnungsfrage der Kampf für den Sozialismus oder wie Engels es sagt:

„Nicht die Lösung der Wohnungsfrage löst zugleich die soziale Frage, sondern erst durch die Lösung der sozialen Frage, d.h. durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht.“



THEORIE & PRAXIS

Was ist Theorie & Praxis?

Die Plattform „Theorie & Praxis“ will einen Beitrag dazu leisten, den Klassenkampf in Deutschland auf politisch-theoretischer Ebene zu stärken und voranzubringen. Während die Angriffe des Kapitals auf die Arbeiterklasse zunehmen, fehlt unserer Klasse eine eigene Partei, die Kämpfe organisiert und mit dem Ziel der sozialistischen Revolution verbindet. Für den Aufbau unserer Kraft braucht es eine Theorie, die die Aufgaben unserer Zeit richtig einordnet und den Weg zu ihrer Lösung aufzeigt. Wir wollen den Klassenkampf auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gemeinsam mit allen ehrlichen Kräften vorantreiben.

Auf Theorie & Praxis werden Beiträge der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO), der Theoriezeitschrift „teoriye eylem“ (Türkei) und der Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (Arbeit Zukunft, Mitglied der IKMLPO) sowie historische Dokumente der Kommunistischen Bewegung in Deutschland und international veröffentlicht.

Letzte Artikel

Aufrüstung und Kriegsvorbereitung

Eine starke Friedensbewegung ist notwendig

Die Enttäuschung organisieren?

Der moderne deutsche Sozialreformismus, vor allem verkörpert durch die Partei „Die Linke“, weckt Hoffnungen die er nicht erfüllen kann.

Die Bedeutung von Teilforderungen für die revolutionäre Aktion der Kommunisten

Teilkämpfe müssen systematisch in den revolutionären Klassenkampf überführt werden.

**Hier gehts
zur Website**



Impressum

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer
Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

V.i.S.d.P.: D. Möller

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

www.arbeitszukunft.de

webmaster@arbeit-zukunft.de

Tel: 07159 4200174

Bankverbindung

Verlag AZ, Postbank Stuttgart

IBAN: DE50 6001 0070 0401 6127 03

BIC: PBNKDE33

Schickt uns eure Berichte!

Wir veröffentlichen auch Leserbriefe und Berichte aus Betrieb, Schule, Uni, Alltag und Nachbarschaft.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der
25. November.

Jetzt Arbeit Zukunft abonnieren!

Das Abo beinhaltet elf Ausgaben im Jahr.

Solidaritätsabo: 60€ im Jahr

Normales Abo: 40€ im Jahr

Einfach eine Mail an abos@arbeit-zukunft.de oder den QR-Code scannen

